

(Beginn: 10.03 Uhr)

Eröffnung und Begrüßung

Vorsitzender Prof. Dr. Jürgen Wilhelm: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich heiße Sie alle zur heutigen Sitzung der Landschaftsversammlung Rheinland willkommen.

Sehr herzlich begrüße ich vom Landschaftsverband Westfalen-Lippe den

- Ersten Landesrat und Kämmerer, Herrn Matthias Löb. Herzlich willkommen, Herr Löb!

(Allgemeiner lebhafter Beifall)

G e b u r t s t a g

Bevor wir zur Tagesordnung übergehen, möchte ich ganz herzlich

- Frau Ursula Schulz von der SPD

zu ihrem heutigen Geburtstag gratulieren.

(Allgemeiner lebhafter Beifall)

Tagesordnungspunkt 1:

Anerkennung der Tagesordnung

Sind Sie mit der Ihnen vorliegenden aktualisierten Tagesordnung einverstanden? – Sie haben gesehen, das „Neu“ ist unter 6.3.2 die Ergänzungsvorlage zu Einwendungen und unter 6.4.1 der Antrag der CDU-Fraktion zu Haushaltssatzung, Stellenplan und sonstigen Anlagen.

Ich sehe keine Wortmeldungen; dann ist die **Tagesordnung** so **akzeptiert**.

Tagesordnungspunkt 2:

Verpflichtung neuer Mitglieder

entfällt,

Punkt 3:

Umbesetzung in den Ausschüssen

ebenfalls.

Tagesordnungspunkt 4:

Schlussbericht des Rechnungsprüfungsausschusses über die Prüfung des Gesamtabchlusses und den Gesamtlagebericht des Landschaftsverbandes Rheinland für das Haushaltsjahr 2010 – Vorlage Nr. 13/1841 –

Ihnen liegt mit der Vorlage Nr. 13/1841 der Schlussbericht vom 25. Januar 2012 vor. Der Landschaftsausschuss hat die Vorlage beraten und zur Kenntnis genommen. Der Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses, Herr Weber, wird Ihnen nun den Schlussbericht erläutern.

Herr Weber, bitte schön.

Die Beisitzer kommen gleich; zunächst aber Herr Weber.

Ulrich Weber (Vorsitzender des Rechnungsprüfungsausschusses): Frau Landesdirektorin! Der Vorsitzende hat mir freundlicherweise 45 Minuten Redezeit eingeräumt.

(Allgemeines Oh!)

Ich gehe davon aus, dass ich sie nicht ganz ausschöpfen werde.

Die erstmalige Pflicht zur Aufstellung eines Gesamtabchlusses und eines gesamten Lageberichtes für den Landschaftsverband Rheinland bestand zum 31.12.2010. Der Gesamtabchluss stellt den Landschaftsverband Rheinland durch Einbeziehung von LVR-Kernverwaltung, LVR-Kliniken, HPH-Netzen und sonstigen LVR-Einrichtungen als *ein* Unternehmen dar.

Der Rechnungsprüfungsausschuss bediente sich zur Prüfung des Gesamtabchlusses der örtlichen Rechnungsprüfung, also des LVR-Fachbereichs Rechnungsprüfung. Es gab eine gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen der Rechnungsprüfung und dem Hauptansprechpartner im Finanzmanagement, und es gab auch positive Effekte aus der frühen Einbindung der Prüfung in das Projekt Gesamtabchluss.

Hauptgegenstand war die Prüfung der Überleitung der handelsrechtlichen Abschlüsse der Beteiligungsunternehmen in die Bilanzierungs- und

Bewertungsmethoden nach neuem kommunalen Finanzmanagement.

Der Rechnungsprüfungsausschuss hat sich dem Prüfungsergebnis der Rechnungsprüfung angeschlossen und für den Gesamtabschluss 2010 einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt. Der Wortlaut dieses Bestätigungsvermerkes ist in der Ihnen vorliegenden Vorlage abgedruckt.

Auf dieser Grundlage wird empfohlen, der LVR-Direktorin, Frau Lubek, für den Gesamtabschluss zum 31. Dezember 2010 die Entlastung zu erteilen und die folgenden Beschlussvorschläge zu verabschieden. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Allgemeiner lebhafter Beifall – Ralf Klemm, Bündnis 90/DIE GRÜNEN: Guter Mann!)

Vorsitzender Prof. Dr. Wilhelm: Angenehme 45 Minuten waren das. Herr Weber, sehr herzlichen Dank. Sie haben mir dadurch ein bisschen Zeit gegeben. Ich kann nämlich jetzt, worüber ich eben hinweggaloppiert bin, noch die

B e i s i t z e r

nach vorn bitten:

- Frau Ellen Schmitz von der CDU-Fraktion und
- Frau Petra Hilbert von der Fraktion Die Linke.

möchte ich sehr herzlich darum bitten, hier vorne Platz zu nehmen. – Vielen Dank.

Meine Damen und Herren, jetzt kommen wir zum **Tagesordnungspunkt 5:**

**Bestätigung des Gesamtabschlusses
zum 31. Dezember 2010 des
Landschaftsverbandes Rheinland und
Entlastung der LVR-Direktorin gemäß §
116 GO NRW i. V. m. § 96 GO NRW**

– Vorlage Nr. 13/1879 –

Der Landschaftsausschuss hat in seiner Sitzung am 3. Februar die Vorlage beraten und einstimmig empfohlen, entsprechend der Vorlage Nr. 13/1879 zu beschließen.

Gibt es Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall.

Ist jemand dagegen? – Das ist auch nicht der Fall. Enthaltungen? – Auch nicht. Dann haben wir **einstimmig** so **beschlossen**.

Tagesordnungspunkt 6:

Haushalt 2012

Zur Beratung dieses Tagesordnungspunktes schlage ich entsprechend den Vorberatungen im Ältestenrat und im Landschaftsausschuss folgendes Verfahren vor. Unter Punkt 1 – das ist nicht ein wirklicher Tagesordnungspunkt – werde ich die Sprecher der Fraktionen zum Haushalt um ihre Rede bitten. Danach möchte ich unter Punkt 6.1 die Anfragen zum Haushalt abhandeln, die aber im LA schon alle behandelt worden sind und hier nur noch der guten Ordnung halber auf der Tagesordnung stehen, weil es unsere Ordnung so vorsieht.

Dem wird die Abstimmung über die Anträge zu 6.2 folgen. Dazu darf ich sagen, dass sich alle Damen und Herren des Landschaftsausschusses und des Ältestenrates darauf verständigt haben, in der Landschaftsversammlung auf eine Einzelabstimmung zu verzichten. Ich unterstelle bis auf weitere Wortmeldungen, dass dem hier auch so gefolgt werden wird.

Als nächsten Punkt möchte ich die Abstimmung über die Einwendungen der Mitgliedskörperschaften gegen die Haushaltssatzung – das ist der Tagesordnungspunkt 6.3 – aufrufen. Danach wird die entscheidende Abstimmung über die Haushaltssatzung des Landschaftsverbandes mit Haushaltsplan, Stellenplan und sonstigen Anlagen für das Haushaltsjahr 2012 folgen. Merkwürdigerweise steht nie das darin, worüber am meisten diskutiert wird, nämlich die Umlage. Aber in § 6 dieser Vorlage finden Sie, was Sie wahrscheinlich schon alle entdeckt haben, auch die Höhe der Umlage. Ich sage es noch einmal: Es wird darüber nicht gesondert abgestimmt werden.

Und letzter Punkt im Rahmen des großen Tagesordnungspunktes 6 wäre die Abstimmung über die Wirtschaftsplanentwürfe. Das ist der Tagesordnungspunkt 6.5.

Wenn Sie mit dieser Vorgehensweise einverstanden sind – ich sehe, das ist der Fall –, darf

ich Herrn Einmahl von der CDU-Fraktion bitten, das Wort zu nehmen.

Rolf Einmahl (CDU): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Ton zwischen dem Landschaftsverband Rheinland und seinen Mitgliedskörperschaften wird rauer. Im Jahre 2011 haben wir infolge des Remscheid-Urteils feststellen müssen, dass Mitgliedskörperschaften den Landschaftsverband verklagen, wenn sie feststellen, dass der LVR zu ihrem Nachteil gesetzliche Vorschriften verletzt.

Mit allen Mitteln hat der Landschaftsverband versucht, die für ihn negative Entscheidung des Verwaltungsgerichts Düsseldorf vom 25. März 2011 zu beseitigen. Mit mehr als 20 Seiten ist sodann ein Antrag auf Zulassung der Berufung begründet worden.

Alle Argumente, auch wenn sie teilweise abwegig waren, haben jedoch nichts genutzt. Mit wenigen und dünnen Worten hat das Oberverwaltungsgericht Münster den Antrag auf Zulassung der Berufung am 15. August 2011 abgelehnt und sich der Auffassung der Vorinstanz, nämlich dem Verwaltungsgerichtsurteil von Düsseldorf, angeschlossen und dabei darauf hingewiesen, dass bereits der Wortlaut des Gesetzes ausreichende Grundlage für die Entscheidung des Verwaltungsgerichts Düsseldorf gewesen ist.

Auch das Schreiben vom 24. November 2011, unterschrieben von 22 Landräten unserer Kreise und von Oberbürgermeistern der dem Landschaftsverband angehörenden kreisfreien Städte, zeigt, dass unsere Mitgliedskörperschaften nicht mehr bereit sind, Handlungen des Landschaftsverbandes widerspruchslos hinzunehmen. Die Klagefreudigkeit steigt, insbesondere dann, wenn unsere Mitgliedskörperschaften feststellen, dass durch den Haushalt erneut Belastungen entstehen, die ohne hinreichende Rechtsgrundlage aufgelegt werden.

Ein Schreiben wie das vom 24. November 2011 hat es nach meiner Erinnerung beim Landschaftsverband Rheinland noch nie gegeben. Diese Einmütigkeit aufseiten der Mitgliedskörperschaften ist neu und sollte vor allen Dingen Ihnen, meine Damen und Herren von der Ampelkoalition, zu denken geben.

Unabhängig von Parteizugehörigkeit haben die kommunalen Spitzenbeamten Sie einhellig aufgefordert, auf die Interessen unserer Mitgliedskörperschaft mehr Rücksicht zu nehmen.

Die Bereitschaft, meine Damen und Herren, den Landschaftsverband zu verklagen, ist dabei kein Selbstzweck; vielmehr ist dies ein Akt reiner Notwehr, da es vielen unserer Kreise und kreisfreien Städte schon seit Jahren nicht mehr gelingt, ihre Haushalte auszugleichen. Stattdessen werden die Probleme von Jahr zu Jahr größer.

Die Kassenkredite nehmen den Städten die Luft zum Atmen und führen dazu, dass in vielen Fällen die Situation aussichtslos erscheint. Die damit verbundene Hoffnungslosigkeit lässt die Kommunen auch zu dem Mittel greifen, den Landschaftsverband zu verklagen, wenn sie die Hoffnung haben, dass die überhöhte Umlage durch ein Gericht korrigiert wird.

Unsere Kreise und kreisfreien Städte ziehen den Karren Landschaftsverband mit ihren Umlagegeldern und müssen dabei die Erfahrung machen, dass die zu ziehende Last von Jahr zu Jahr schwerer wird. Wenn der überladene Karren im Morast feststeckt, dann ist es die Pflicht aller, die auf dem Karren sitzen, abzusteigen und beim Schieben zu helfen.

Stattdessen sitzen Sie von der Belastungsmehrheit oben auf dem Karren, und Sie sind selbst Teil der Last, die unsere Mitgliedskörperschaften ziehen müssen.

(Zustimmung bei der CDU)

Sie sind keine gestaltende Mehrheit, sondern eine belastende Mehrheit.

(Erneute Zustimmung bei der CDU –
Lachen bei Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Dies ist für viele über Parteigrenzen hinweg unerträglich, und man ist nicht mehr bereit, dies widerspruchslos hinzunehmen, wie in dem Schreiben der Oberbürgermeister und Landräte deutlich wird.

Umso mehr sollten Sie endlich vom Karren herabsteigen und dafür sorgen, meine Damen und Herren von der Ampel, dass die Last erträglicher wird und unsere Mitgliedskörperschaften erkennen, dass der Landschaftsverband Rheinland nicht ihr Gegner, sondern ihr Partner sein will.

Deshalb fangen Sie an und senken die überhöhte Umlage um mindestens 0,5 Prozentpunkte, damit hierdurch den Mitgliedskörperschaften zumindest ein wenig geholfen wird.

Darüber hinaus müssen Sie sich jedoch endlich an die Arbeit machen und auch bei unangenehmen Einzelfragen Ihre politische Verantwortung wahrnehmen.

Zum Zwischenbericht der Gemeindeprüfungsanstalt wurde von Ihnen kein einziger Antrag erarbeitet, obwohl zahlreiche Sparvorschläge diesem Bericht zu entnehmen sind.

(Corinna Beck, Bündnis 90/DIE GRÜNEN:
Wir warten mal bis September!)

– Ja, Sie warten immer.

Nur wir als CDU-Fraktion in der Landschaftsversammlung Rheinland als mit Abstand größte Fraktion haben zahlreiche Anträge gestellt, um damit weiteres Sparpotenzial zur Entlastung unserer Mitgliedskörperschaften aufzuzeigen. Sie, meine Damen und Herren von der Belastungsmehrheit, sind nicht in der Lage, Prüfaufträge für Konsolidierungsmaßnahmen zu beschließen bzw. mitzutragen.

(Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann
(FDP): Tötöt! Tötöt!)

Heute müssen wir feststellen, dass Sie nicht bereit sind, über Konsolidierungsbemühungen nachzudenken.

(Lars Oliver Effertz (FDP): Sehr richtig!)

Dies gilt insbesondere, wenn Standards infrage gestellt werden müssen und wenn die Aufgabenerfüllung auch auf andere, kostengünstigere Weise möglich ist.

Einer solchen kritischen Diskussion von einzelnen Positionen haben Sie sich wieder, wie in den Jahren zuvor, verweigert, und auch die interfraktionelle Haushaltsgruppe zur Haushaltskonsolidierung hat ihre Aufgabe bisher nicht angemessen erfüllen können.

(Zuruf von Bündnis 90/DIE GRÜNEN:
Wo waren Sie denn in der Arbeitsgruppe?)

Wir haben die Einrichtung dieser Gruppe unterstützt und begleitet, sind aber hinsichtlich ihrer

bisherigen Ergebnisse enttäuscht, da bei der belastenden Mehrheit nach wie vor ein Wille zur Konsolidierung nicht erkennbar ist.

Erlauben Sie mir, meine Damen und Herren, dass ich anhand von einigen Beispielen aufzeige, dass Sie von der Ampel unbegründet unsere Vorschläge zur Konsolidierung wegwischen und mit der „Arroganz der Macht“ die Sorgen und Nöte, die unsere Städte und Kreise mit ihrer finanziellen Situation haben, ignorieren.

Ich verweise auf den Antrag der CDU-Fraktion zu den Standards der Personalentwicklung im Bereich der zu betreuenden Beschäftigten des LVR. Mit diesem Antrag wollen wir die Verwaltung beauftragen, Vorschläge zu erarbeiten, wie der Personalaufwand, bezogen auf die Anzahl der zu betreuenden Beschäftigten, angemessen reduziert werden kann, um den drastischen Unterschied zwischen den Mitgliedskörperschaften und dem Landschaftsverband Rheinland zu beseitigen. Es geht um einen Prüfauftrag an die Verwaltung, Vorschläge zu erarbeiten.

Hintergrund dieses Antrages ist, dass die Gemeindeprüfungsanstalt in ihrem Zwischenbericht aufgezeigt hat, dass eine Vollzeitstelle in der Personalentwicklung beim LVR für 750 Beschäftigte zuständig ist. Die Vergleichszahl für den LWL beträgt 741 Fälle. Bei allen Kreisen allerdings werden im Durchschnitt 1.815 Beschäftigte von einem Bediensteten in der Personalentwicklung betreut. Das bedeutet, dass in den Kreisen eine Mitarbeiterin oder ein Mitarbeiter im Bereich der Personalentwicklung mehr als die doppelte Anzahl von Beschäftigten wie beim Landschaftsverband Rheinland betreut.

Hierzu erklärte die FDP im Finanzausschuss sinngemäß, es sei nicht gut, sich an Schlechtem zu orientieren, und deshalb würden diese Vergleichszahlen nicht wirklich helfen.

(Lars Oliver Effertz (FDP): Sehr richtig!)

Wollen Sie von der Belastungsmehrheit damit sagen, dass in den Kreisen, die ein deutliches Mehr an Fallzahlen bearbeiten, schlechter gearbeitet wird als beim Landschaftsverband? Sie manifestieren komfortable Standards des LVR als unverrückbar und lassen dies von unseren Mitgliedskörperschaften bezahlen, die sich solche Standards schon lange nicht mehr leisten können.

(Zustimmung bei der CDU)

An diesem Beispiel wird deutlich, dass Sie sich nicht mit ernsthaften Sparbemühungen auseinandersetzen wollen.

(Der Redner nimmt einen Schluck Wasser – Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann (FDP): Dann brauche ich auch mal einen Schluck Wasser!)

– Schön, tun Sie das!

Sie sind nur beim Geldausgeben spitze und bleiben oben auf dem Karren sitzen.

Nächstes Beispiel: Die CDU-Fraktion hat beantragt zu prüfen, ob bei einer vollständigen Zentralisierung des Einkaufs eine höhere Effizienz möglich ist. Unsere Begründung müsste selbst Ihnen, meine Damen und Herren von der Ampel, wenn Sie ehrlich wären, logisch und in der Sache gerechtfertigt erscheinen und müsste somit Ihre Zustimmung finden.

Die Begründung liegt darin, dass zur Zeit die zentrale Einkaufsorganisation zwar Rahmenbedingungen vorgibt, die Ausführung aber dezentral erfolgt und hier keine Gesamtsteuerung, insbesondere kein zentraler Personaleinsatz, erfolgt. Möglicherweise ist dies die Ursache dafür, dass der Aufwand beim LVR höher ist als beim zentralen Einkauf des LWL.

Wir haben an dieser Stelle nur beantragt zu prüfen, ob bei einer vollständigen Zentralisierung des Einkaufs eine höhere Effizienz möglich ist. Ohne ein nachvollziehbares Argument wird dieser Prüfantrag von der Belastungsmehrheit abgelehnt.

Wir haben einen Antrag gestellt, der sich mit der Analyse der Aufgaben, Standards und Standorte der Industriemuseen des LVR beschäftigt. Hier haben wir gebeten, dass die Verwaltung eine Analyse erstellt, um die von der Gemeindeprüfungsanstalt vorgeschlagenen Konsolidierungsmaßnahmen insbesondere an einer entsprechenden Aufgaben-, Standard- und Standortkritik auszurichten.

Es muss darauf hingewiesen werden, dass der höchste Fehlbetrag bei den LVR-Industriemuseen mit einer Höhe von circa 40 Euro je Besucher im Jahre 2009 festgestellt wurde. Den geringsten Fehlbetrag je Besucher erzielte im Jahr

2009 der Archäologische Park Xanten mit einem Zuschussbetrag von circa sechs Euro je Besucher. Hieran wird deutlich, dass bei den Industriemuseen ein besonderer Handlungsbedarf besteht.

Die CDU-Fraktion, meine Damen und Herren, ist ebenso der Auffassung wie die Gemeindeprüfungsanstalt NRW, dass eine „spürbare Konsolidierung“ nur auf der Aufwandseite möglich ist. Daher darf es auch bei der Frage der Beibehaltung von Standorten keine Tabus geben.

Auch dieser Antrag – wen kann es noch überraschen – wurde Ihrerseits abgelehnt.

Ein weiteres Beispiel: Wir wollten die Verwaltung beauftragen, in einer Berichtsvorlage Maßnahmen bzw. Vorschläge darzustellen, wie im Kultur- und auch im Sportbereich deutlich stärkere inhaltliche Aspekte zur bestmöglichen Förderung von Menschen mit Behinderungen aufgezeigt werden können. Hierbei sollte ebenso dargestellt werden, inwieweit bei Sportverbänden und Sportvereinen im Rheinland durch aktives Werben mit entsprechenden Angeboten seitens des LVR zur Kooperation eine stärkere Einbindung von Menschen mit Behinderungen stattfinden kann.

Dieser Antrag ist nicht unmittelbar haushaltsrelevant, obwohl er – wäre er beschlossen worden – Konsequenzen für den Haushalt mittelfristig gehabt hätte. Dabei handelt es sich um ein bedeutendes Thema unter dem Gesichtspunkt der Inklusion, das nach dem Verständnis der CDU zu unseren Kernkompetenzen zählt. Ansätze dieser Thematik sind auch von der Verwaltung bereits aufgegriffen worden.

Dennoch spricht nichts dagegen, dass auch die Politik dieses Thema mit einem politischen Beschluss aufgreift. Bei der Steigerung der Lebensqualität durch Inklusion für Menschen mit Behinderungen kann zukünftig Großartiges erreicht werden, wenn auch die Bereiche Sport und Kultur stärker einbezogen werden.

(Beifall bei der CDU und den
Freien Wählern/Deinen Freunden)

Sie, meine Damen und Herren von der Ampel, lehnen dies ab!

Zahlreiche weitere Anträge zu den verschiedensten Aufgabenbereichen beim LVR haben wir eingebracht. Sie wurden nahezu alle abgelehnt. Sie

sind eine argumentationsfreie Mehrheit, aber keine Gestaltungsmehrheit.

(Zustimmung bei der CDU und den Freien Wählern/Deinen Freunden)

Und jetzt kommt noch eine besondere intellektuelle Leistung der Mehrheit hinzu. Sie hatten das Problem, nicht alle unsere Anträge ablehnen zu können, weil sie fachlich, sachlich und qualitativ nicht einfach beiseite zu schieben waren.

Dann spielte sich folgendes ab: Wir stellen als CDU-Fraktion einen Antrag, wie schon erwähnt, mit hoher Qualität, wie alle unsere Anträge

(Heiterkeit und Zurufe bei SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und FDP)

– wir stellen sie übrigens auch rechtzeitig –, dann kommen Sie einige Tage später und bringen einen Antrag Ihrerseits ein, der lediglich eine marginale Änderung enthält, ansonsten aber vom CDU-Antrag abgeschrieben wurde.

(Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann (FDP): Ja, das ist der entscheidende Unterschied!)

Sie behaupten dann, Ihr Antrag sei doch der wesentlich bessere und ganz anders, und deshalb lehnen Sie dann den CDU-Antrag ab.

(Hans-Otto Runkler (FDP):
Leider gibt es Eingangsstempel!)

Dies wird zum Beispiel deutlich bei unserem Antrag, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Kliniken bereits bei der Planung von Baumaßnahmen einzubeziehen. Sie haben unseren Antrag abgeschrieben und sinngemäß hinzugefügt, „... Wir erwarten eine Berichterstattung der Verwaltung“, und dann unseren Antrag abgelehnt.

Ihr „neuer“ Antrag beinhaltet das Risiko von Verzögerungen von Baumaßnahmen in unseren Kliniken, und die Verwaltung hat eine Vorlage erstellt, die neue bürokratische Hürden aufzeigt, anstatt die Entscheidungen zu beschleunigen.

Wenn die Ampel sich beim Verfassen von Anträgen als plumper Plagiator betätigt, kommt nur Mist heraus,

(Lachen bei Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

und das Ergebnis lautet, die Ampel steht auf Rot.

(Zustimmung bei der CDU – Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann (FDP): Das war jetzt wirklich intellektuell, mein Lieber!)

– Ja, Sie sind auch Plagiator. Das ist eine tolle Leistung. Sie müssen zumindest zitieren. Aber wenn Sie einen CDU-Antrag zitieren, ist das ja in Ordnung.

Meine Damen und Herren, an dieser Stelle gehe ich auf die Kernthemen unserer Haushaltsberatungen ein und nehme Bezug auf die von der Verwaltung vorgelegte Veränderungsliste zum Haushalt. Die Kämmerin hat in ihrer Veränderungsliste aufgezeigt, dass eine Senkung der Umlage auf 16,5 Prozentpunkte nach Auffassung der Verwaltung nicht möglich sei. Begründet wird dies insbesondere mit dem festgestellten Mehraufwand bei den Leistungen zur vorschulischen Bildung.

Wir stellen den Mehraufwand nicht in Frage, aber, meine Damen und Herren, wir hätten die Möglichkeit, die Mittel für das Haushaltsjahr 2012 im Bereich der Leistungen zur vorschulischen Bildung nicht in Höhe von 75 Prozent bereitzustellen, sondern 50 Prozent anzusetzen – wie auch für das Haushaltsjahr 2013. Der somit um 14,6 Millionen Euro verringerte Betrag würde für das Haushaltsjahr 2012 eine entsprechende Entlastung bringen.

Ebenso lehnen wir die Abschreibung der RWE-Aktien, wie sie von der Verwaltung vorgesehen war, ab und sind auch gegen den Plan der Belastungsmehrheit, die Abschreibung im Jahre 2013 durchzuführen. Dies hat zur Folge, dass 41,8 Millionen Euro an Mehrbelastungen für den Haushalt 2012 entfallen.

Sie, meine Damen und Herren von der Ampel, sind nach langem Zögern und Zaudern dahinter gekommen, dass diese Abschreibung im Jahre 2012 nicht stattfinden muss, allerdings springen Sie mit Ihrer Verschiebung anstatt Verzicht zu kurz.

Nehmen wir also die 41,8 Millionen Euro durch Verzicht auf die Abschreibung der RWE-Aktien, nehmen wir die 14,6 Millionen Euro aus der Neuverteilung der Kosten zur vorschulischen Bildung, dann haben wir bereits einen Betrag von 56,4 Millionen Euro.

Wenn wir zudem durch die CDU-Anträge weitere Konsolidierungserträge erreichen, so ist es bei einem Gesamthaushalt von drei Milliarden Euro, möglich, weitere zehn Millionen Euro einzusparen.

Somit ist eine Umlagesenkung, wie wir sie erneut beantragen, Herr Vorsitzender – und ich bitte darum, darüber vor der Haushaltssatzung abzustimmen –, um 0,5 Prozentpunkte auf 16,5 Prozentpunkte möglich.

(Beifall bei der CDU und den
Freien Wählern/Deinen Freunden)

Das ist es, was unsere Kreise und kreisfreien Städte von uns erwarten!

(Beifall bei der CDU und den
Freien Wählern/Deinen Freunden)

Dies kann stattfinden, ohne dass der LVR mit seinen kompetenten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in seiner Leistungserbringung beeinträchtigt wird.

Die CDU will das tun, was zwingend notwendig ist: unsere Städte und Kreise deutlich stärker zu entlasten, als Sie, meine Damen und Herren von der Belastungsmehrheit, dies heute beschließen wollen.

(Zuruf von Dr. Marie-Agnes
Strack-Zimmermann (FDP))

Fangen Sie endlich an, aus Ihrer Koalition der Verweigerung eine Koalition auf dem Wege zur Haushaltskonsolidierung zu machen.

(Beifall bei der CDU und den
Freien Wählern/Deinen Freunden)

Ohne Tabus müssen alle Bereiche permanent daraufhin überprüft werden, ob die Aufgabenerfüllung effektiver und mit weniger Ressourceneinsatz möglich ist.

Es ist eine Perversion der Politik, wenn unsere Mitgliedskörperschaften wie beispielsweise Wuppertal Kultureinrichtungen schließen müssen – unter anderem auch deshalb, weil sie die schwere Last der Landschaftsverbandsumlage tragen müssen –

(Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann
(FDP): Sie glauben doch selber nicht an

den Schwachsinn, den Sie da erzählen!
Wo leben Sie denn?)

und die belastende Mehrheit im Landschaftsverband dann hingeht, um mit dem aus den Mitgliedskörperschaften ausgepressten Geld neue, keinesfalls zwingend notwendige Kultureinrichtungen zu schaffen.

(Dr. Hans Klose (SPD): Welche
wollen Sie denn abschaffen?)

Der Beweis, es sei zwingend notwendig, dass der Landschaftsverband Rheinland diese Aufgaben übernimmt, wird nicht angetreten.

Ich rede, meine Damen und Herren, ausdrücklich von der Archäologischen Zone in Köln und dem damit verbundenen finanziellen Abenteuer.

(Zustimmung bei der CDU und den
Freien Wählern/Deinen Freunden)

Die CDU-Fraktion verkennt die außerordentliche Bedeutung der Ausgrabung für die Stadt Köln nicht. Auch die christlich-jüdische Geschichte der Stadt Köln wird von uns nicht in Frage gestellt.

(Zurufe von SPD, Bündnis
90/DIE GRÜNEN und FDP)

Wir begrüßen es, dass die Stadt Köln und die Synagogen-Gemeinde Köln sich für ihre bedeutende historische Geschichte in der Entwicklung der Stadt Köln einsetzen.

Wenn die Stadt Köln den Landschaftsverband Rheinland mit seinen kulturellen Einrichtungen und seiner kulturfachlichen Kompetenz als Partner gewinnen will, ist das nachvollziehbar. Wenn jedoch aufgrund der fehlenden finanziellen Mittel in Köln der Vorsitzende der Landschaftsversammlung den öffentlichen Eindruck erweckt, dass der LVR kein Problem damit habe, in die finanzielle Bresche zu springen, so muss dem widersprochen werden.

(Beifall bei der CDU)

Wir reden über Millionenbeträge für die Betreuung eines Museums und über zig Millionen an Investitionskosten, die wir uns nicht leisten können. Dies, sehr geehrter Herr Vorsitzender, ist Realität, die im Interesse unserer Städte und Kreise nicht verdrängt werden darf. Niemand darf sich auf Kosten unserer Städte und Kreise

durch Erfüllung einer nicht notwendigen freiwilligen Aufgabe ein Denkmal setzen.

(Zustimmung bei der CDU)

Meine Damen und Herren von der Ampelkoalition, wie vertritt eigentlich jeder Einzelne von Ihnen in Ihrer jeweiligen Stadt oder in Ihrem jeweiligen Kreis dieses Ansinnen, wenn Sie zugleich in Ihrer Heimatstadt oder in Ihrem Heimatkreis Einrichtungen wie Museen, freie kulturpolitische Einrichtungen oder auch Bäder schließen müssen?

Nochmals, wie auch schon unser kulturpolitischer Sprecher Dieter Patt im letzten Kulturausschuss aufgezeigt hat, verkennen wir nicht die außerordentliche Bedeutung der Ausgrabung für die Stadt Köln. Unverständlich und nicht nachvollziehbar ist dann allerdings, warum die zu Recht im Hinblick auf ihre stolze Geschichte sehr selbstbewusste Stadt Köln ihre beachtenswerte Initiative mit dem Ziel eines eigenen städtischen Museums aus der Hand geben will.

In diesem Zusammenhang darf ich auf einen Artikel der Kölnischen Rundschau vom 24. Januar 2012 unter der Überschrift „LVR will Wörtchen mitreden“ verweisen. In diesem Presseartikel wird berichtet, dass der Landschaftsverband sich im Rahmen seines Engagements für dieses Projekt vorstellen könnte, den Museumsbau zu 51 Prozent zu übernehmen. Zitat: „Er“ – also Sie, Herr Vorsitzender – „freue sich darüber, dass die Gespräche zwischen Stadt und LVR von einem ‚guten konstruktiven Geist‘ geprägt würden“.

Ich frage mich allerdings, von welchem guten Geist Sie reden, wenn man berücksichtigt, dass Sie hier mit Millionen jonglieren. Diese Spielbankmentalität ist eine Zumutung für unsere Städte und Kreise.

(Zurufe von Dr. Hans Klose (SPD) und Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann (FDP))

Wir als CDU-Fraktion sagen ja zur fachlichen, inhaltlichen und geschichtlichen Aufarbeitung dieses Themas und der Unterstützung durch den LVR.

Ein finanzielles Engagement in unkalkulierbarer Größenordnung wird die CDU-Fraktion nicht mittragen.

(Zustimmung bei der CDU)

Seien Sie versichert: Sollten Sie diesen Irrweg weiter gehen, dann wird die CDU-Fraktion die Mitgliedskörperschaften über Ihr Finanzabenteuer informieren; und wir sind überzeugt, dass Ihre Pläne in den Städten und Kreisen auf Widerstand stoßen werden.

Meine Damen und Herren von der Belästigungsmehrheit, es gäbe noch zahlreiche Beispiele, um deutlich zu machen, dass Ihre Politik in der Landschaftsversammlung eine Politik der Verantwortungsverweigerung ist. Es ist eine Politik, die kommunalfeindlich ist. Sie lehnen die Einwendungen der Oberbürgermeister und Landräte für Ihre Städte und Kreise ab, obwohl Sie die Chance hatten, durch den von uns gestellten Antrag zumindest teilweise die Bedenken und Anregungen der Städte und Kreise aufzunehmen.

Beim Geldverschwenden sind Sie von der Ampel spitze. Sie haben ein überflüssiges Organisationsgutachten in Auftrag gegeben, um das Rechnungsprüfungsamt und seine Leistungsfähigkeit zu überprüfen. Dafür, meine Damen und Herren von der Ampel, haben Sie mehr als 100.000 Euro ausgegeben. Jetzt liegt das Ergebnis vor, und es besteht der Verdacht, dass Ihnen, insbesondere der FDP, das hervorragende Ergebnis des Gutachtens nicht gefällt.

Wir gratulieren dem Rechnungsprüfungsamt, allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie Herrn Leicht und sagen Dank für ihr Engagement beim LVR.

(Beifall bei der CDU)

Allerdings, meine Damen und Herren von der Ampel, dieses Geld hätten wir nicht ausgeben müssen – und das haben wir als CDU immer gesagt. Es war bekannt, dass unser Rechnungsprüfungsamt gute Arbeit leistet.

Sie haben mehr als 100.000 Euro sinnlos verschwendet!

(Zustimmung bei der CDU)

Herr Vorsitzender, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich erneuere gerne das Angebot, die Zusammenarbeit mit der größten Fraktion in der Landschaftsversammlung aufzunehmen und einen bestmöglichen Konsens zu erreichen, der mit dem Leitspruch unseres Verbandes nicht

besser ausgedrückt werden kann: „Qualität für Menschen“.

Erlauben Sie mir, mich zu bedanken – zunächst bei Ihnen, sehr geehrte Erste Landesrätin Frau Hötte, und zugleich auch bei Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Kämmerei für die umfangreiche Arbeit, die Sie mit der Einbringung des Haushalts geleistet haben.

Des Weiteren gilt mein Dank dem gesamten Verwaltungsvorstand – an der Spitze Frau Landesdirektorin Lubek – für die Unterstützung und Begleitung unserer Fraktion während des vergangenen Jahres. Bitte richten Sie diesen Dank auch allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihren unermüdlichen Einsatz im Interesse des Landschaftsverbandes aus.

(Beifall bei der CDU und den
Freien Wählern/Deinen Freunden)

Insbesondere sage ich meiner Fraktion Danke für ihr großes Engagement, welches sie bei der Haushaltsberatung in allen Gremien unseres Verbandes eingebracht hat.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Vorsitzender Prof. Dr. Wilhelm: Das Wort hat Herr Professor Rolle für die SPD-Fraktion.

Prof. Dr. Jürgen Rolle (SPD): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Liebe Frau LVR-Direktorin! Sehr geehrter Herr Löb! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Zum Start: Ein herzliches Dankeschön von meiner Fraktion und mir an unsere Partner in der Gestaltungsmehrheit für ein weiteres Jahr guter Zusammenarbeit für die Menschen im Rheinland.

Ich danke Corinna Beck und Stefan Peil von Bündnis 90/Die Grünen und Bernd Paßmann von der FDP-Fraktion dafür, dass sie – unterstützt von ihren Geschäftsführern Ralf Klemm und Hans-Otto Runkler – gemeinsam mit uns zuverlässig, sachbezogen und konsequent Verantwortung tragen und wahrnehmen zur fachlichen Weiterentwicklung und inhaltlichen Gestaltung der Arbeit des LVR; und dies – im Gegensatz zu anderen hier vertretenen politischen Gruppen – weitestgehend unabhängig davon, welcher Landrat/Oberbürgermeister wieder irgendeine tages-

aktuell politische „Angelegenheit“ durchs Dorf treibt.

Denn gerade *die* Aufgaben unseres Verbandes, die im kulturellen Bereich sowie gesundheits- und jugendpolitisch die lokalen Aufgabenfelder weit überschreiten, brauchen zur Erledigung sachbezogenes, geradliniges und verantwortungsvolles Handeln – und ganz besonders gilt dies für die zentralen, finanziell aufwendigsten Aufgaben des Landschaftsverbandes, das heißt

- Umgang mit der Eingliederungshilfe und
- Umsetzung sowie Weiterentwicklung der Inklusion.

Denn, sehr geehrte Damen und Herren, fast 90 Prozent des über drei Milliarden Euro umfassenden Etats sind für soziale Aufgaben und Leistungen bestimmt, weit überwiegend Leistungen für Menschen mit Behinderung. Diese enormen Beträge machen deutlich, welche große Verantwortung wir als Politikerinnen und Politiker für die Entwicklungen in diesem Bereich haben. Und dieser Verantwortung stellt sich die Gestaltungsmehrheit gerne!

Als SPD-Fraktion haben wir gemeinsam mit unseren Kolleginnen und Kollegen gerade im Bereich der Aufgaben für Menschen mit Behinderung viel erreicht.

Ich denke, wir können stolz darauf sein, dass die Menschen, die Wohnhilfen benötigen, zwischenzeitlich überwiegend in einer eigenständigen Wohnform leben und ambulante Unterstützungen erhalten. Dies bedeutet für die leistungsberechtigten Personen deutlich mehr Autonomie, für den LVR und damit auch die kommunalen Haushalte einen deutlichen Beitrag zur Kostendämpfung.

Zu dieser Entwicklung haben wir mit unseren Steuerungsaktivitäten und Beschlüssen einen wesentlichen Beitrag geleistet und werden es auch weiterhin tun.

Beispielhaft möchte ich hier auf die aktuellen Anträge der Gestaltungsmehrheit, die genau diese Zielsetzung verfolgen, verweisen. Leitlinie unserer Arbeit und unserer Beschlüsse ist die aktive Mitwirkung bei der Gestaltung inklusiver Sozialräume sowie die Unterstützung der Menschen im Rheinland bei der Verwirklichung inklusiver Lebensverhältnisse.

(Beifall bei SPD, Bündnis
90/DIE GRÜNEN und FDP)

Inklusion bedeutet aus Sicht der SPD-Fraktion auch, für Menschen mit Behinderung die berufliche Tätigkeit im Ersten Arbeitsmarkt sicherzustellen.

(Beifall bei der SPD)

Arbeitgeber haben gesetzlich die Verpflichtung, schwerbehinderte Menschen zu beschäftigen. Die Realität sieht aber leider anders aus. Nach einer Studie des Deutschen Gewerkschaftsbundes, die die „Welt am Sonntag“ vom 18.12.2011 zitiert, beschäftigen 40 Prozent der deutschen Arbeitgeber weniger als ein Prozent schwerbehinderte Menschen.

(Zuruf von der CDU: Und
was tut die Gewerkschaft?)

Auch der Aufschwung der letzten Monate ist an den schwerbehinderten Menschen vorbeigezogen. Während die allgemeine Arbeitslosigkeit im November 2011 in NRW um 6,2 Prozent im Vergleich zum November 2010 sank, stieg sie bei den schwerbehinderten Menschen um zwei Prozent an.

Die SPD-Fraktion ist froh, dass mit Mitteln der Ausgleichsabgabe unsere gemeinsame Zielsetzung, Menschen mit Behinderung eine Teilhabe am Arbeitsleben zu ermöglichen, unterstützt werden kann.

Der von uns heute zu verabschiedende Haushalt weist eine deutliche Steigerung der geförderten Arbeitsplätze aus, sowohl außerhalb von als auch in Integrationsbetrieben, das heißt mehr inklusive (Arbeits-)Verhältnisse. Und das ist gut so!

Und ergänzend zwei weitere Ergebnisse von acht Jahren Gestaltungsmehrheit, Ergebnis von acht Jahren verantwortungsvollem Umgang mit dem Personal des LVR:

- Die Ausbildungsquote halten wir seit Jahren konstant bei sieben Prozent. Aktuell befinden sich 1.246 Menschen in unterschiedlichen Ausbildungen beim LVR.
- Vorbild sind wir auch bei der Beschäftigung von Menschen mit Behinderung. Die gesetzliche Quote von fünf Prozent überschreiten wir mit aktuell 8,47 Prozent deutlich.

Das Land hat den Auftrag der UN-Behindertenkonvention, unser Schulsystem zu einem inklusiven Bildungssystem weiterzuentwickeln, angenommen. Die Allgemeine Schule soll der Regelförderort für Kinder mit Behinderungen sein. Dies erfordert einen Einstellungswandel bei allen am Schulleben Beteiligten; denn Inklusion beginnt im Kopf!

Wir, der LVR, meine sehr geehrten Damen und Herren, müssen die Vision Inklusion ins Rheinland tragen!

Wie vielschichtig das Vorhaben ist, wird auch in dem Gutachten „Auf dem Weg zur schulischen Inklusion in Nordrhein-Westfalen“ von Klemm und Preuss-Lausitz deutlich.

(Ralf Klemm, Bündnis 90/DIE GRÜNEN
hebt erheitert die Arme, als sei das
selbstverständlich mal eben so)

Eine neu formierte sonderpädagogische Förderung in einem inklusiven Bildungssystem erfordert die frühe Beteiligung der Schulträger, nämlich bereits in der Vorbereitungsphase. Das haben die Gutachter unmissverständlich klar gemacht. Die Landschaftsverbände sind hier explizit angesprochen worden. Das zeigt im Übrigen auch, wie das fachliche Know-how des LVR von außen wahrgenommen wird.

Unsere Bereitschaft, in regionalen Inklusionsprozessen aktiv mitzuwirken, hat der LVR den Mitgliedskörperschaften mehr als nur signalisiert.

Auf Initiative der Gestaltungsmehrheit wurde die Verwaltung beauftragt, Maßnahmen zu ergreifen, um Kindern mit Behinderungen den Besuch einer Allgemeinen Schule zu ermöglichen und damit das individuelle Recht auf Bildung zu unterstützen.

Wir haben dann im Juni 2010 im LVR-Landschaftsausschuss beschlossen, die bisherigen Fördermöglichkeiten des Gerätepools und des Finanzpools durch die neue LVR-Inklusionspauschale zu erweitern, um auch komplexeren Fördererfordernissen gerecht zu werden.

Die eingeleiteten Werbemaßnahmen haben gefruchtet. Bis jetzt wurden rund 60 Anträge zur LVR-Inklusionspauschale mit einem Volumen von über 300.000 Euro genehmigt. Das belegt, dass der Landschaftsverband auf dem richtigen Weg ist. Allein seit der Einführung der LVR-Inklu-

sionspauschale wurden vom LVR-Schulbereich ca. 600 Gespräche mit Eltern, Elternvereinen, Schulen, Lehrerinnen und Lehrern, Schulaufsichten, Schulträgern, Sozialämtern und privaten Institutionen geführt.

Infolge dieser umfangreichen Kontakte wurde aber auch sehr deutlich, dass ein erheblicher Informations- und Beratungsbedarf bei allen Akteuren besteht.

Wenn wir es schaffen – und das ist unser erklärtes Ziel –, dass jedes Kind an jeder Schule unterrichtet werden kann, indem wir die baulichen, pädagogischen sowie die therapeutischen Voraussetzungen schaffen, wird es langfristig immer weniger Förderschulen geben, wird es dann auch kaum Eltern mehr geben, die diese Schulen wollen. Das heißt, die bisherigen zwei Systeme werden in einem System aufgehen.

Der Weg dahin ist steinig und beschwerlich; wichtig ist das klare Ziel vor Augen.

(Beifall bei SPD, Bündnis
90/DIE GRÜNEN und FDP)

Die Gestaltungsmehrheit jedenfalls hat hier klare Ziele vor Augen und wird diese auch umsetzen – genauso konsequent auch im Bereich der Kinder unter sechs Jahren!

Seit vielen Jahren sind wir uns doch einig: Heilpädagogische Einrichtungen entsprechen dem Fürsorgegedanken der 60er-Jahre, damals durchaus begründet und ein Schritt in die richtige Richtung, nämlich Eltern mit behinderten Kindern überhaupt ein Betreuungs-Setting zu schaffen.

Aber wir wissen doch schon lange, dass das nicht mehr der richtige Weg ist, abgesehen davon, dass es auch noch die mit Abstand teuerste Betreuungsform ist.

Ein kurzer Satz der Verwaltung des Landesjugendamtes hierzu: „Der LVR hat keine Möglichkeit, regelnd den Abbau der heilpädagogischen Plätze zu beeinflussen.“ Ich finde das unglaublich und bitte hier und heute die Verwaltung eindringlich, Wege zu finden und Konzepte zu entwickeln, die es möglich machen, entsprechende Einflussnahme auszuüben.

Es kann nicht angehen, dass wir am 31.01. nach wirklich zielorientierten gemeinsamen Diskussionen im Landesjugendhilfeausschuss wegwei-

sende Beschlüsse fassen und die nach dem SGB XII vom Sozialdezernat finanzierten heilpädagogischen Einrichtungen weiter be- und gar entstehen. So kann Inklusion nicht funktionieren!

(Beifall bei SPD, Bündnis
90/DIE GRÜNEN und FDP)

Nachdem wir dann – für uns zum damaligen Zeitpunkt richtigerweise – zum Abbau der teuren und konzeptionell überholten heilpädagogischen Einrichtungen die „integrativen Gruppen“ gebildet und hierbei richtigerweise Anreize für Träger, Jugendämter und Eltern geschaffen haben, haben wir damit von Anfang an die Forderung verbunden, das Land müsse sich zur Entlastung der Kommunen, also auch der Landschaftsverbände, an den Kosten stärker beteiligen. Das geschah dann über das KiBiz.

Und was passierte hier? – Nichts! Prozentuale Anreiz-Förderungen des Landesjugendamtes, die an die Förderungen des Landes gekoppelt waren, blieben unverändert! Das heißt, mit jedem Euro des Landes mehr für die Kindertageseinrichtungen stieg auch die Belastung des Landschaftsverbandes. Das heißt, wir haben noch draufgelegt – und das umlagefinanziert und ausgezahlt in pauschalen Abschlägen!

Dazu zwei Anmerkungen: erstens fiskalisch, denn wir sind ja in den Haushaltsreden, und zweitens konzeptionell.

Wir alle kennen inzwischen die finanziellen Auswirkungen dieses Verhaltens; denn die Kommunen sind nun gehalten, „spitz“ abzurechnen. Deshalb müssen wir heute fast 60 Millionen Euro zusätzlich für die Haushalte 2012 und 2013 beschließen. Allein für 2012 sind es knapp 50 Millionen Euro. Und, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, wenn man diese Leistungen, die ja letztendlich an Träger und Kommunen zur Auszahlung kommen werden, die also zeitnah „zurückfließen“, berücksichtigt, so kommt das nahezu zu einer zusätzlichen Senkung um 0,4 Prozentpunkten gleich.

(Beifall bei SPD, Bündnis
90/DIE GRÜNEN und FDP)

Damit hätten wir Ihre Vorstellungen bei weitem übertroffen und hätten den Wünschen der einwendenden Mitgliedskörperschaften entsprechen können.

Ich glaube und hoffe, wir haben im vorschulischen Bereich mit der Beschlussfassung des LJHA vom 31.01. eine Kehrtwende vollzogen, und ich bin guter Dinge, dass wir mit dem Blick nach vorne wieder in ruhigerem und vor allem inklusiverem Fahrwasser landen werden.

Dazu ist jedoch Folgendes notwendig: Konzepti-
onell – und ich glaube, das ist ganz wichtig –
müssen die Verwaltungen des Landesjugendam-
tes und des Sozialdezernates umdenken. Inklus-
ion bedeutet auch „gleiches Recht für alle“. Also
auch weg von bestimmten Privilegien, Aufgabe
des Fürsorgegedankens im Sinne von „Ich küm-
mere mich schon darum“ hin zu „Ich ermögliche
Gleichheit“.

(Stefan Peil (Bündnis 90/
DIE GRÜNEN): Genau!)

Das heißt und kann nur heißen, schnellstmöglich
weg von heilpädagogischen Einrichtungen und
mittelfristig auch weg von integrativen Gruppen.

Jedes Kind, alle Eltern wählen *die* KiTa, die sie
wollen, und *wir* müssen ermöglichen, dass jedes
Kind in jede KiTa kann – mit allen notwendigen
Therapie- und Fördermöglichkeiten. Da, meine
sehr verehrten Damen und Herren, will die SPD-
Fraktion, will die Gestaltungsmehrheit hin. Und
nur das ist auch gelebte Inklusion!

(Beifall bei SPD, Bündnis
90/DIE GRÜNEN und FDP)

Aber es gibt auch ausgesprochen Positives aus
dem Bereich der Jugendhilfe zu berichten! Im
Bereich der Jugendhilfe konnte die Gestal-
tungsmehrheit in den letzten Jahren mit einem
relativ kleinen finanziellen Aufwand große, nach-
haltige jugendpolitische Wirkungen erzielen. Al-
len Maßnahmen ist gemeinsam, dass durch die
Anschubfinanzierungen des LVR ein Mehrfaches
an Mitteln akquiriert werden konnte. Im Fokus
stehen dabei immer benachteiligte und bildungs-
ferne Kinder und Jugendliche. „Teilhabe ermögli-
chen“ ist die Leitlinie des LVR – auch in der Ju-
gendhilfe!

Dazu zwei Beispiele: Die auf Initiative des Lan-
desjugendhilfeausschusses 2009 eingerichtete
Koordinationsstelle Kinderarmut – mit einer zwei-
jährigen Fördersumme für die Kommunen von
40.000 Euro im Jahr – hat die Aufmerksamkeit
der privaten Auridis-Stiftung gefunden, sodass
wir heute ein sechsjähriges – privat finanziertes

– Programm im Gesamtvolumen von 2,8 Millionen
Euro im LVR-Landesjugendamt bewirtschaften.

40 Kommunen im Rheinland werden mit Perso-
nalkostenzuschüssen, Beratung und Fortbildung
durch das Landesjugendamt intensiv unterstützt
und entwickeln kommunale Präventionsketten
durch Netzwerke gegen Kinderarmut.

Unser LVR-Programm wurde auch die Blaupau-
se für das Programm der Landesregierung NRW
„Kein Kind zurücklassen – Kommunen in NRW
beugen vor“, das sich bezüglich des Konzeptes
und der Förderrichtlinien am LVR orientiert. Ein
Riesen-Erfolg des Landesjugendamtes, des Lan-
desjugendhilfeausschusses, aber vor allem grand-
ios für die betroffenen Kinder und Jugendlichen.

Hier noch mal mein herzlicher Dank an Herrn
Gilles und Co. vom Landesjugendamt, die den
Beschluss des Ausschusses in vorbildlicher Wei-
se umgesetzt haben.

(Beifall bei SPD und Bünd-
nis 90/DIE GRÜNEN)

Das heißt aber auch: Dieses Prinzip der kleinen
– freiwilligen – und zugleich richtigen und wichti-
gen Investitionen in Prävention und Bildung müs-
sen wir auch in Zeiten enger Haushalte beibehal-
ten.

Ebenso erfreulich ist die Arbeit des Gesund-
heitsbereiches! Der LVR-Klinikverbund und der
Verbund Heilpädagogischer Hilfen sind wirt-
schaftlich hervorragend aufgestellt. Das Jahr
2011 ist das zweite Jahr in Folge, in dem alle
Einrichtungen positive Jahresergebnisse aus-
weisen. Und das bei Psych-PV-Quoten in den
LVR-Kliniken von über 90 Prozent – mit steigen-
der Tendenz. Dies war vor drei Jahren noch un-
denkbar.

Mit unserem Haushaltsantrag 13/159 – „Qualität
der Versorgung in der Psychiatrie verbessern“ –
haben wir die Weichen dafür gestellt, dass diese
wirtschaftliche Entwicklung mit neuen oder ver-
besserten Behandlungsangeboten unmittelbar
bei den Patientinnen und Patienten ankommt.

Die gute wirtschaftliche Lage der Kliniken nutzt
aber auch dem Haushalt des LVR, konnten doch
im aktuellen Haushaltsentwurf die Zuschüsse an
die Einrichtungen auf ein Mindestmaß gesenkt
werden.

Das bestärkt mich darin, dass das initiierte 500-Millionen-Euro-Programm genau der richtige Schritt war – eine Investition in die LVR-Zukunft.

(Beifall bei SPD, Bündnis
90/DIE GRÜNEN und FDP)

Und ein Weiteres wird unter Beweis gestellt: Auch die Strukturreform war goldrichtig. An dieser Stelle ein herzliches Dankeschön an die Ex- und die aktuelle Dezernentin, also an Frau Lubek und Frau Wenzel-Jankowski, der einen fürs Durchführen, der anderen für die konsequente Anwendung!

Und wenn wir schon beim Danken sind: An dieser Stelle nochmals Dank an Milena Karabaic für ihre sehr einfühlsame, bemerkenswerte Rede anlässlich der Ausstellungseröffnung des „Denkmals der grauen Busse“. Das war wirklich tief beeindruckend! Herzlichen Dank dafür.

(Beifall bei SPD, Bündnis
90/DIE GRÜNEN und FDP)

Mit der Präsentation dieses „Denkmals“ – übrigens auf Initiative von Regina Schmidt-Zadel – leistet der Landschaftsverband Rheinland einen eindrucksvollen Beitrag zur Veranschaulichung des Umgangs des LVR mit den dunklen Seiten seiner Vorgeschichte.

Mit unserem Antrag möchte die Gestaltungsmehrheit erreichen, dass dieses „Denkmal“ auf Dauer an seinem jetzigen Standort verbleibt und damit ein Zeichen gegen den nationalsozialistischen Unrechtsstaat und die Beteiligung des Rechtsvorgängers des LVR hieran gesetzt wird. Und ich bin sehr froh, dass wir diesen Antrag mit den Stimmen aller Fraktionen beschließen konnten.

Auch wenn der Anteil des Kulturbereiches am gesamten Haushaltsvolumen des Landschaftsverbandes sehr gering ist, liegt meiner Fraktion dieser Bereich besonders am Herzen – und dies nicht nur deshalb, weil das Thema „Inklusion“, so finde ich, hier beispielgebend vorangetrieben wird.

Auf Folgendes muss jedoch an dieser Stelle eindringlich hingewiesen werden: Hinsichtlich der Haushaltskonsolidierung gilt es nach wie vor, ein Ungleichgewicht zwischen der finanziellen Ausgestaltung der Kernaufgaben und den von der

Gestaltungsmehrheit ausdrücklich politisch gewollten Netzwerkprojekten zu verhindern.

Mir ist bewusst, dass die mit den Netzwerken verbundenen enormen, oft über das Zumutbare hinausgehenden zusätzlichen Tätigkeiten bisher vom Kulturdezernat unter Hochleistung geschultert wurden. Hierfür spreche ich den Beteiligten den ausdrücklichen Dank meiner Fraktion aus.

Wir halten es daher dringend für erforderlich, die Personalausstattung des Kulturdezernates im Bereich der Netzwerkarbeit umlageneutral kurzfristig zu verbessern, da sonst auch die sogenannten „Leuchtturmprojekte“ nicht durchführbar sind!

Dazu im Einzelnen: Beim Preußenmuseum – so mein Eindruck – sind wir auf einem guten Weg.

Für Vogelsang liegt inzwischen die Bewilligung der Fördermittel des Landes vor; wer hätte dies vor einigen Monaten zu hoffen gewagt. Allen Beteiligten herzlichen Glückwunsch und herzlichen Dank dafür.

Die Archäologische Zone/Jüdisches Museum ist/wird ein Leuchtturmprojekt für den LVR. Insofern sind wir froh, dass die ersten Gespräche der Verwaltung mit der Stadt Köln bereits stattgefunden haben. Wir sind zuversichtlich, dass die Stadt Köln und der LVR hier zu einer Verständigung kommen werden!

Das für meine Fraktion sehr wichtige Thema „Zentrum für verfolgte Kunst in Solingen“ kann nach der Entscheidung des Rates der Stadt Solingen vom Dezember letzten Jahres nunmehr hoffentlich auf die Schiene gesetzt werden. In diesem Fall zeigt sich, dass die Ausdauer sich gelohnt hat.

Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, hierzu ist auch Klartext angesagt. Ich finde es unverantwortlich, wie manche kommunalen Spitzenbeamte – Oberbürgermeister, Landräte – hemmungslos unsere personalen Ressourcen in der Verwaltung und auch in der Politik jahrelang ge- – besser: miss- – brauchen, um eigener politischer Machtspielchen willen! Dies alles kostet Geld,

(Zustimmung bei SPD, Bündnis 90/DIE
GRÜNEN und FDP – Zurufe von der
CDU)

ist letztlich Verschleuderung unserer Ressourcen und muss über die Umlage wieder „reingeholt“ werden, über deren Höhe sich genau die gleichen Leute dann bitter beschweren.

Ich würde hier „mehr sorgfältiges Handeln mit Augenmaß“ empfehlen, da letztlich immer die kommunale Familie insgesamt betroffen ist und auch unsere Geduld endlich ist!

Und damit komme ich zur Umlage. Verantwortlichkeit ist ein gutes Stichwort. Sehr wohl haben wir registriert, dass fast alle Mitgliedskörperschaften – und zwar gemeinschaftlich, was neu ist – gegen den von der Kämmerin eingebrachten Haushalt Einwendungen erhoben haben. Und wir haben dies auch aufgegriffen.

Im Hinblick auf die Gesetzesinitiative im Düsseldorf Landtag haben wir auf die Wertberichtigung der RWE-Aktien zunächst verzichtet. Wir haben sie aufgeschoben.

Das bringt ziemlich genau die 0,3 Prozent Senkung, die wir ja bekanntlich beantragt haben. Die von den Kollegen der CDU und den Freien Wählern geforderte Senkung von 0,5 Prozent ist aus unserer Sicht populistische Oppositionspolitik. Denn Sie, liebe Kollegen, haben die 0,5 Prozent schon gefordert, bevor auch nur ein Mensch wusste, was uns die eben angekündigten Nachzahlungen des Landesjugendamtes kosten würde. Seriös ist das nicht!

(Zustimmung bei SPD, Bündnis
90/DIE GRÜNEN und FDP)

Wir bleiben für unsere Partner verlässlich! Ihre Vorstellungen von Haushaltsgestaltung jedenfalls sind kommunalfeindlich; denn Sie produzieren Defizite, die später von den Mitgliedskörperschaften gezahlt werden müssten!

0,3 Prozent Senkung bedeuten die Fortführung unserer soliden und verlässlichen Finanzpolitik unter gleichzeitiger Wahrung der Interessen der uns anvertrauten Menschen, und sie werden ergänzt um die aus den anstehenden Spitzabrechnungen von ca. 50 Millionen Euro – 0,4 Punkte – an die Kommunen in diesem Jahr 2012.

Und deswegen ist Ihr Einwand, Herr Dr. Ammermann, man könne die Mittel der Produktgruppe 074 ein wenig schieben und käme so zu einer Umlage von 16,5 Prozent, gerade aus unserer Sicht der falsche Weg.

Jetzt sollen die Abrechnungen erfolgen! Jetzt werden die Fristen gesetzt! Und nach deren Ablauf können dann auch, wie von Herrn Rehse gefordert, Einwendungen erhoben werden.

Die Mitgliedskörperschaften müssen jetzt handeln, um an ihr Geld zu kommen, was dann auch unverzüglich bewilligt werden soll, damit es schnellstmöglich in die kommunale Familie zurückfließen kann.

Dass wir dieses Gewirr aus GTK, KiBiz, Pauschal- und Spitzabrechnungen, Eingliederungshilfe etc. jetzt so klären konnten, verdanken wir einer – vorsichtig formuliert – einzigartig interessanten Mischung, die entsteht, wenn westfälische Nachhaltigkeit, Gründlichkeit und Zähigkeit mit voller Breitseite auf das rheinische „Et blieb wie et is“ und „et is noch immer jot jeje“ trifft.

Auch wenn – um den Dramatiker Ibsen zu zitieren – „nicht jeder wie Tante Bertha“ sein kann, profitiert unser Verband – manchmal auch stöhnend – von dieser Mischung.

Bleibt mir am Schluss, mich zu bedanken. Dank an die LVR-Direktorin Ulrike Lubek, die durch ihren unermüdlichen Einsatz dafür Sorge trägt, dass sich der LVR den Slogan „Qualität für Menschen“ verdient – und das aufs Neue jeden Tag.

(Beifall bei SPD, Bündnis
90/DIE GRÜNEN und FDP)

Dank an Renate Hötte – ebenfalls stark gefordert bei den eben erwähnten „Entwirrungsaktionen“ – und ihr gesamtes Team aus der Kämmererei dafür, dass sie es stets gut gelaunt und immer „kundenorientiert“ wird ertragen können, dass wir die Wertberichtigung verschieben und ihr von der Umlage etwas abknabbern.

(Beifall bei SPD, Bündnis
90/DIE GRÜNEN und FDP)

Und Dank an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung meiner Fraktion sowie an Thomas Böll und Leila Soumani von der SPD-Fraktion, die immer wieder unter Beweis stellen, dass nur Qualität *von* Menschen auch Qualität *für* Menschen erzeugt.

(Beifall bei SPD, Bündnis
90/DIE GRÜNEN und FDP)

Und abschließend ein Zitat des Kabarettisten Piet Klocke an meine Partner der Gestaltungsmehrheit und die Verwaltungsspitze für die Zukunft: „Tja, wenn dann wieder mal was ist? Tja, warum denn nicht!“

(Heiterkeit und lebhafter Beifall bei SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Vorsitzender Prof. Dr. Wilhelm: Das Wort hat Frau Beck.

Corinna Beck (Bündnis 90/DIE GRÜNEN): Sehr geehrter Herr Vorsitzender Professor Wilhelm! Sehr geehrter Herr Löb! Ich freue mich, dass Sie heute aus Westfalen zu uns ins Rheinland gekommen sind! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Auch ich möchte meine Haushaltsrede mit Dank beginnen. Das Zitat kommt später; es dauert noch ein bisschen.

Als erstes danke ich meiner Fraktion für die gute, spannende und solidarische Zusammenarbeit. Vielen Dank an die Verwaltung für die gute Vorbereitung der Haushaltsberatungen und für die schnelle Bearbeitung unserer Anträge im Laufe des letzten Jahres. Wir konnten uns wie immer auf Sie verlassen.

Ich danke natürlich auch Ihnen, Frau Lubek, Frau Hötte, unseren Dezernentinnen und Dezernenten für die immer konstruktiven Beratungen und die Unterstützung bei unseren wichtigen Entscheidungen für die Menschen im Rheinland.

Herzlichen Dank auch an unsere Koalitionspartner, an die SPD mit Professor Jürgen Rolle an der Spitze und an die FDP mit ihrem Fraktionsvorsitzenden Bernd Paßmann. Die Zusammenarbeit mit euch ist von gegenseitiger Wertschätzung und hoher Fachlichkeit geprägt. Wenn ich mir andere Koalitionen angucke, dann können die sich einiges von uns abschauen.

Aber natürlich auch ein Dankeschön an die Opposition. Sie hat es uns wie immer leicht gemacht!

(Zustimmung bei SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Nachdem Sie, sehr geschätzte Kolleginnen und Kollegen der CDU, im vergangenen Jahr Ihre Anträge von 2010 vorbildlich recycelt hatten, haben

Sie sich dieses Jahr wahrlich ein Fleißkärtchen verdient! Werte Kolleginnen und Kollegen der Plattitüdenminderheit, das Abschreiben aus noch nicht abgeschlossenen GPA-Berichten ist aber auch noch keine eigenständige Leistung; darin ist für das nächste Jahr noch Luft nach oben.

(Zustimmung bei SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Immerhin: Den von Ihnen – oder wem auch immer – entdeckten Mehrbedarf im Bereich der Offenen Ganztagschulen sehen wir genauso und konnten daher diesem Antrag zustimmen. Aber genau wie Ihr Antrag zur NS-Vergangenheit verursacht dieser natürlich auch Mehraufwand, meine Damen und Herren Obersparer.

Welcher Pferdeflüsterer Sie allerdings dazu bewegt hat, ein 300.000 Euro teures Gutachten zur „Hippotherapie“ zu fordern, ist uns kein Rätsel – und das ist für Sie, meine Damen und Herren von der CDU, nur noch peinlich.

(Zustimmung bei Bündnis 90/DIE GRÜNEN, SPD und FDP – Frank Boss (CDU): Sie haben es immer noch nicht verstanden, Frau Beck!)

Sie wissen, dass die von Ihnen geforderte Umlagesenkung auf 16,5 Prozentpunkte angesichts der Entwicklungen im Dezernat 4 unrealistisch ist. Sie setzen die Solidarität zwischen den Mitgliedskörperschaften und dem Landschaftsverband durch populistische Forderungen nach einer höheren Umlagesenkung aufs Spiel.

(Zustimmung bei Bündnis 90/DIE GRÜNEN, SPD und FDP)

Meine Damen und Herren, der LVR ist nicht der Tanzbär Ihrer Landräte!

(Zustimmung bei Bündnis 90/DIE GRÜNEN, SPD und FDP – Frank Boss (CDU): Ich werde es weiterleiten!)

Den Antrag der Linken zu den „Grauen Bussen“ haben wir mitgetragen; wir hatten die gleiche Intention. Ihren anderen Anträgen konnten wir aber nicht zustimmen; denn Sie fordern zum Teil unkonkrete Stellenausweitungen – wie beim Mehrpersonal im Landesjugendamt. Ihre Anträge würden unsere Konsolidierungsziele zunichte machen.

Sie machen es sich zu einfach, und Sie lassen die Finanzsituation unserer Kommunen außer Acht, wenn Sie einfach immer nur Mehrausgaben und mehr Personal fordern.

Die Freien Wähler haben sich dieses Jahr wieder auf rein finanzpolitische Anträge beschränkt.

Mit dem Verzicht der Wertberichtigung bei den RWE-Aktien in diesem Jahr gehen wir zwar einen ähnlichen Weg. Ihre Forderung, die Umlage um 0,5 Prozentpunkte zu senken, ist aber aus den bekannten Gründen wirklichkeitsfremd.

Wir stimmen dem Haushaltsentwurf in der vom Landschaftsausschuss beschlossenen Fassung zu. Wir senken die Umlage gegenüber dem Verwaltungsentwurf von 17,0 Prozentpunkten um 0,3 auf 16,7 Prozentpunkte.

Das bedeutet: Die Kommunen werden aktuell um über 40 Millionen Euro entlastet. Wir können die Landschaftsumlage senken, weil wir auf die Wertberichtigung bei den RWE-Aktien für den Haushalt 2012 verzichten.

Angesichts der gerade stattfindenden Beratung über ein Umlageänderungsgesetz im Landtag, die ja unter Umständen zu einer Lösung führt, die die Umlage nicht belastet, setzen wir diese Abschreibung vorerst aus. Allerdings heißt das nicht, dass wir auf Dauer bereit sind, ein falsches Bild unserer Vermögenslage fortzuschreiben.

(Zustimmung bei Bündnis 90/
DIE GRÜNEN, SPD und FDP)

Auch das Innenministerium hat auf eine Anfrage des uns allen bekannten Abgeordneten Herr Palmes unmissverständlich gesagt, dass der von unserer Kämmerin Renate Hötte vorgeschlagene Weg richtig ist. Das ist nicht nur ein Lob für unsere Verwaltung, sondern auch eine schallende Ohrfeige für alle Kritiker.

Wir erwarten jetzt aber auch, dass die Kreise, die ja immer zu unseren schärfsten Kritikern gehören, diese Entlastung auch an ihre Gemeinden weiterleiten.

(Beifall bei SPD, Bündnis
90/DIE GRÜNEN und FDP)

Als wir im letzten Jahr freiwillig die Gelder infolge des sogenannten „Remscheid-Urteils“ an alle Kreise weitergeleitet und auch die Mehreinnah-

men durch das GFG wie angekündigt zurückgezahlt haben, haben die Kreise diese Zusatzeinnahmen größtenteils nicht weitergegeben – frei nach F. W. Bernstein. „Die schärfsten Kritiker der Elche sind am Ende selber welche!“

(Heiterkeit und Beifall bei Bündnis
90/DIE GRÜNEN, SPD und FDP)

Mit dieser Umlagesenkung und der in der Finanzplanung vorgesehenen Umlageentwicklung halten wir weiter Kurs.

Eines der Kennzeichen unserer Gestaltungsmehrheit war immer, dass wir ein verlässlicher Partner der Kommunen sind und auf Achterbahnfahrten bei der Umlage verzichten. Wenn Sie sich die Umlageentwicklung für die kommenden Jahre ansehen, dann sinkt der Satz 2013 leicht auf 16,65 Punkte, und in 2014 beabsichtigen wir sogar, die Umlage weiter auf 16,5 Punkte zu senken. Das unterstreicht: Wir halten Wort mit nachhaltiger Finanzpolitik beim LVR.

(Beifall bei Bündnis 90/
DIE GRÜNEN, SPD und FDP)

Eine stärkere Senkung der Umlage in diesem Jahr war leider nicht möglich.

Besonders die dramatische Entwicklung bei den Kosten für die Betreuung von Kindern mit Behinderung, aber auch weitere Belastungen, die die Kämmerin im Veränderungsnachweis aufgezeigt hat, verursachen Mehraufwand, der gerade einmal durch die sich abzeichnenden Mehreinnahmen gedeckt werden kann.

Wir müssen bei der Kinderbetreuung ja nicht nur die Belastung von fast 60 Millionen Euro aus noch nicht erledigten Abrechnungen in den vergangenen Jahren verkraften; wir erinnern uns auch alle noch gut, als wir zuletzt in diesem Raum tagten, an die überplanmäßige Ausgabe von über elf Millionen Euro Ende 2011.

Dies zeigt genauso wie der Haushaltsansatz 2012, dass der LVR hier vor einer gewaltigen Herausforderung steht.

Wie beim Betreuten Wohnen für erwachsene Menschen mit Behinderung gilt auch für Kinder: Mehr Integration tut gut und reduziert den Kostenanstieg.

Die Aufarbeitung der noch ausstehenden Abrechnungen muss natürlich schnellstmöglich geleistet werden. Aber die Hauptaufgabe besteht darin, bei der Elementarbildung die fachliche Umsteuerung in Richtung „Inklusion“ hinzubekommen. Gemeinsam mit der Verwaltung werden wir uns dieser Aufgabe stellen.

Im Dezember haben wir die Resolution zur Inklusion hier verabschiedet und zum wesentlichen Leitziel unseres politischen Auftrages im LVR erklärt. Schade, dass Sie, werte Damen und Herren der CDU-Fraktion, und auch Sie, liebe Freunde und Freie Wähler, dem nicht folgen konnten.

Wir werden uns in der Schulpolitik damit auseinandersetzen, wie wir unsere Schulen aktiv in diesen Prozess einbinden. Das entsprechende richtungsweisende Gutachten von Klemm und Preuss-Lausitz wurde von Herrn Prof. Rolle ja bereits erwähnt.

In den Bereichen Wohnen und Arbeit trägt der LVR ebenso eine große fachliche, aber auch finanzielle Verantwortung. Und die Stärkung der Partizipation der Menschen mit Behinderung ist für uns auch eine zentrale Herausforderung.

Deshalb müssen wir in diesem Jahr für den LVR eine Planung erarbeiten, wie wir unseren Beitrag zur Schaffung einer Gesellschaft der gleichberechtigten Teilhabe und des Miteinanders leisten können.

Der Haushaltsantrag der Gestaltungsmehrheit, inklusive Wohnformen mit einem Anreizprogramm zu fördern und damit die Weiterentwicklungen hin zu einem inklusiven Sozialraum zu unterstützen, wird – dessen bin ich mir sicher – dazu einen wichtigen Beitrag leisten.

Und ich möchte an dieser Stelle ganz herzlich unserer Sozialdezernentin, Martina Hoffmann-Badache, danken, die diesen Prozess mit großem Sachverstand und viel Einfühlungsvermögen zu gestalten begonnen hat.

(Zustimmung bei Bündnis 90/
DIE GRÜNEN, SPD und FDP)

In 2012, aber vor allem in den kommenden Haushaltsjahren, sind wir noch einem weiteren finanziellen Risiko ausgesetzt. Zurzeit laufen die Entgeltverhandlungen mit den Trägern der Einrichtungen und Diensten der Eingliederungshilfe.

Die Vorstellungen der freien Träger liegen auf dem Tisch; Steigerungen von über fünf Prozent werden gefordert. Das würde unseren Haushalt mit knapp 100 Millionen Euro pro Jahr belasten.

Ich appelliere an die Vertreter und Vertreterinnen der Verbände, gemeinsam mit dem LVR neue Formen der Kostensteuerung und der Preisbildung zu entwickeln, die sowohl ein Mehr an inklusiven Lebens- und Arbeitsformen für die Menschen mit Behinderung als auch adäquate Arbeits- und Vergütungsbedingungen für ihre Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen ermöglichen.

Das wird sicherlich nicht einfach, aber wir alle wissen: Ein einfaches „Weiter so!“ bedeutet den finanziellen Kollaps der Kommunen.

Natürlich gehört hierher auch noch einmal der sehr deutliche Appell an den Bund, sich endlich an den Kosten der Eingliederungshilfe zu beteiligen.

(Beifall bei Bündnis 90/DIE
GRÜNEN, SPD und FDP)

Mehr noch als die Kosten der Unterkunft treibt die Eingliederungshilfe die Kommunen weiter ins Finanzdesaster. Und hier müssen wir in Nordrhein-Westfalen alle zusammenstehen!

Es gibt aber auch Erfreuliches zu berichten: Umgangssprachlich wird ja die Kuh vom Eis geholt, wenn ein schweres Problem endlich gelöst werden konnte. Um im Bild zu bleiben, kann man wohl sagen, dass Verwaltung und Politik in den letzten Monaten einen mittelschweren Milchlaster vom Eis geholt haben:

Sie werden es erraten, meine sehr geehrten Damen und Herren: Ich spreche vom Zentrum für verfolgte Künste in Solingen. Dass es zustande kommt und in Solingen zustande kommt, freut uns.

Auch beim ip Vogelsang sind wir nach dem Fördermittelbescheid auf einem gutem Weg. Besonders freut mich, dass wir bei den „Grauen Busen“ zu einem Konsens gekommen sind.

Gut ist, dass jetzt über alle Fraktionen hinweg die Aufarbeitung unserer Vergangenheit als Verpflichtung und Chance gesehen wird. Das war nicht immer so. Ich erinnere mich noch gut an unsägliche Zankereien über die Notwendigkeit

dieser Aufarbeitung und so manchen gescheiterten Vorstoß zum Thema.

Aber noch ein Highlight: Unser aktueller Energiebericht zeigt, dass wir im Bereich nachhaltige Energienutzung auf einem vorbildlichem Weg sind.

(Beifall bei Bündnis 90/DIE GRÜNEN, SPD und FDP)

Neben einigen sofort wirksamen Maßnahmen wie dem 100-prozentigen Bezug von Ökostrom und dem Passivhausstandard gehört ja die Transparenz des Energieverbrauchs zu den vorrangigen Aufgaben einer nachhaltigen Energiepolitik. Unser Energiebericht, um den uns viele Kommunen beneiden, leistet hier hervorragende Grundlagenarbeit. Er zeigt aber auch – vor allem beim ständig steigenden Stromverbrauch –, dass wir noch besser, also effizienter, werden müssen. Hier haben wir der Verwaltung die notwendigen Aufgabenstellungen mitgegeben und erwarten Handlungsvorschläge.

Entscheidend für die Umsetzung aller Aufgaben des LVR sind natürlich auch gut ausgebildete und engagierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Hier geht mein Dank an Frank vom Scheid, der gute Rahmenbedingungen dafür schafft.

Personalentwicklung, betriebliches Gesundheitsmanagement und moderne Personalführung sind in Zeiten des demographischen Wandels wichtiger denn je. Da wollen wir noch mehr investieren.

Die Mitarbeiterbefragung hat gezeigt, dass eine hohe Zufriedenheit mit dem Arbeitgeber LVR besteht – und das soll auch so bleiben!

Im Namen unserer Fraktion, aber auch im Namen der Menschen im Rheinland möchte ich den Beschäftigten, allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern beim LVR ganz herzlich danken. Und Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, danke ich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Lebhafter Beifall bei Bündnis 90/DIE GRÜNEN, SPD und FDP)

Vorsitzender Prof. Dr. Wilhelm: Herr Effertz bitte.

Lars Oliver Effertz (FDP): Am Stachus in München sprach ein Fremder den Schauspieler Karl Valentin an: „Sagen Sie, wie weit ist es denn von hier bis zum Hauptbahnhof?“ Valentin überlegte kurz und meinte dann: „Wenn Sie so weiter gehen wie bisher, sind es noch rund 40.000 Kilometer. Wenn Sie aber umdrehen, bloß fünf Minuten.“

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Frau LVR-Direktorin! Sehr geehrter Herr Löb! Liebe Kämmerin Renate Hötte! Meine geschätzten Herren Landesräte! Verehrte Landesrätinnen! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Allgemeines Oh! ob der langen Anrede)

Als ich diese Anekdote von Karl Valentin las, habe ich spontan an die CDU im Hause gedacht.

(Heiterkeit und Zustimmung bei FDP, SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN – Zuruf von Frank Boss (CDU))

Denn, lieber Herr Einmahl, wenn Sie Ihren Weg so weitergehen wie bisher, sind auch Sie noch 40.000 km von Ihrem Ziel entfernt. Deshalb ein guter Rat von mir: Kehren Sie um!

(Zurufe von der CDU)

– Herr Einmahl, es ist ja so: Wenn man unbedingt die Erste Geige spielen will, muss man immer den richtigen Ton treffen.

(Heiterkeit und Zustimmung bei FDP, SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Ich denke hier vor allem an Ihr seltsames Abstimmungsverhalten im Bauausschuss, bei dem Sie pauschal alle Bauvorhaben abgelehnt haben. Sie haben dadurch auch Vorhaben abgelehnt, denen Sie im Einzelnen bereits zugestimmt hatten.

(Zustimmung bei der SPD)

Bestenfalls wollten Sie ja einen einjährigen Baustopp. Aber selbst dieser Weg führt nicht zur Konsolidierung des LVR-Haushalts.

Wir von der Gestaltungsmehrheit haben auch in den diesjährigen Haushaltsberatungen unseren Weg geprüft. Wir haben uns bei ganz vielen Punkten gefragt: „Welcher Weg führt uns am schnellsten zum Ziel?“

(Zuruf von der CDU: Und leider keine Antwort gekriegt!)

„Müssen wir den einen oder anderen Weg ändern? Ist der eingeschlagene Weg noch der richtige?“

Besonders deutlich wird dies im Bereich der Kindertageseinrichtungen: Die Strategie in der vorschulischen Bildung wird neu ausgerichtet – mit dem Ziel, im Rahmen der Inklusion vor allem eine Fördersystematik zu entwickeln, die auf das einzelne Kind ausgerichtet ist: die Kindpauschale.

Und deshalb ist es wichtig, dass wir auch unser Handeln in der Vergangenheit, unsere eigenen Beschlüsse – zum Teil noch aus den 80er-Jahren des letzten Jahrhunderts – überprüfen und, falls nötig, ändern.

So haben wir damit begonnen, die Finanzierung der vorschulischen Bildung bereits im Kindergartenjahr 2012/2013 neu auszurichten, und haben den Trägeranteil in eine einheitliche Pauschale umgewandelt. Weiterhin haben wir beschlossen, dass die anteilige Finanzierung der freigestellten Leitungen für Einrichtungen mit mehr als zwei Gruppen ebenso nicht mehr übernommen wird wie die Verpflegungskosten für neu aufgenommen Kinder.

Der Jugendamtsanteil wird ebenso sukzessive abgebaut, wie die Erstattung der Fahrtkosten für die Beförderung von Kindern mit Behinderung zu integrativen Kindertagesstätten bedarfsgerecht überprüft wird.

Die Verwaltung ist überdies aufgefordert, auf eine Beteiligung vorrangiger Kostenträger hinzuwirken.

Das alles sind keine einfachen Beschlüsse, keine Beschlüsse, die uns leicht gefallen sind. Und doch sind es Beschlüsse, die absolut notwendig waren; denn wie wir es auch drehen und wenden: Zu viel Geld haben wir nicht!

Auch wenn die Orientierungsdaten des Landes zunächst ein sehr erfreuliches Bild boten, nämlich 19,5 Millionen Euro mehr Landschaftsumlage und 38,4 Millionen Euro mehr Schlüsselzuweisungen, so stehen diesen Mehrerträgen leider auch dringend erforderliche bzw. unabwendbare Mehrausgaben entgegen.

Die großen Brocken sind hier:

- 4,7 Millionen Euro Mehraufwand für das Einheitslastenabrechnungsgesetz,
- 6,3 Millionen Euro Trägerzuschuss für Pensionslasten und
- 43,4 Millionen Euro Mehraufwand in der Produktgruppe 074 – vorschulische Bildung –.

Das sind Abrechnungen der Betriebskosten der integrativen Kindertagesstätten, die die Kommunen zum Teil seit Jahren nicht gemacht oder nach Prüfung nicht weitergeleitet haben.

Insgesamt hat der Rechnungsprüfungsbereich hier in seinem Zwischenbericht zur Sonderprüfung eine Summe von 57,6 Millionen Euro ermittelt; eine Summe, die nicht durch die derzeitigen Haushaltsansätze gedeckt ist.

Nach all dem fehlen uns in diesem Jahr rund 1,6 Millionen Euro, die wir der Ausgleichsrücklage entnehmen müssen. Bis 2015 werden es gar elf Millionen Euro sein.

Seit 2009 schon hat sich das Innenministerium bei den Haushaltserlassen sehr kritisch zu dieser Pragmatik geäußert: Die Ausgleichsrücklage diene von ihrem Zwecke her dem Ausgleich konjunktureller Schwankungen und nicht dem Ausgleich struktureller Defizite der Mitgliedskörperschaften.

Und trotzdem haben wir das beschlossen – und das nur aus einem einzigen Grund: aus Rücksicht gegenüber den Städten und Kreisen im Rheinland.

Seit Einführung des NKF wurden bereits 115 Millionen Euro aus der Ausgleichsrücklage und damit dem Eigenkapital des LVR entnommen. Wir wissen natürlich, dass es vielen Städten und Kreisen nahezu unmöglich ist, einen ausgeglichenen Haushalt aufzustellen. Und es ist daher natürlich auch verständlich, immer den zu kritisieren, der eine Umlage erhebt.

Doch ist es richtig, den Nächstbesten zu kritisieren? Also die Städte und Gemeinden kritisieren die Kreise; die Kreise und die Städte kritisieren den Landschaftsverband? – Nein! Das ist aus meiner Sicht nicht richtig. Richtig ist hingegen die Tatsache, dass die kommunale Familie vor Herausforderungen steht, die sie alleine nicht bewältigen kann.

(Zustimmung bei FDP, SPD
und Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Die ständig steigenden Fallzahlen und die ständig wachsenden Ausgaben im Bereich der sozialen Leistungen sind durch eine reine Umverteilung innerhalb der kommunalen Familie nicht zu decken. Wir kämpfen alle gegeneinander um ein größtmögliches Stück von einem viel zu kleinen Kuchen. Egal, wie die Stücke verteilt werden: Es ist für jeden zu wenig!

Deshalb ist für uns neben der Qualität für Menschen vor allem Sparsamkeit die Maxime unseres Handelns, und deshalb danke ich allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Verwaltung für ihren Einsatz und ihr Engagement bei der Konsolidierung des Haushalts.

Allein im letzten Jahr ist es so Politik und Verwaltung gelungen, 61,7 Millionen Euro einzusparen. Das war auch kein leichter Weg, und doch war es ein notwendiger.

Für das Haushaltsjahr 2012 stehen wir nun wieder vor der Frage, wie wir den Landschaftsverband einerseits weiterentwickeln und andererseits dabei sparsam wirtschaften können.

Da gibt es Initiativen und Anträge – auch der CDU –, denen wir als Gestaltungsmehrheit zugestimmt haben; zum Beispiel dem Antrag „Betreuungsqualität in den offenen Ganztagschulen des LVR nachhaltig sichern“. Hier werden auf Antrag der CDU 70.000 Euro zusätzlich eingestellt. Wir haben diesem Antrag zugestimmt, weil er richtig ist.

Andere Anträge mussten wir leider ablehnen, weil wir Ihre An- und Absichten darin nicht teilen. Wie zum Beispiel der Antrag zum „Standard Personalentwicklung für Beschäftigte“. Sie kritisieren damit – das haben Sie eben in Ihrer Rede noch einmal getan – die professionelle Handhabung im LVR und verweisen auf andere, die einen deutlich schlechteren Standard haben.

Das ist übrigens etwas, das sich durch viele Ihrer Anträge zieht: der Vergleich mit anderen, die etwas schlechter machen als wir. Und das soll uns dann dazu veranlassen, es denen gleichzutun.

Doch wir von der Gestaltungsmehrheit vergleichen uns nicht mit denen, die etwas schlechter machen; wir vergleichen uns mit denen, die es gut machen,

(Zustimmung bei FDP, SPD
und Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

und wir möchten von denen lernen, die etwas besser machen. Das unterscheidet uns!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Gestaltungsmehrheit hat in der Vergangenheit bewiesen, dass wir in guten Zeiten und in Zeiten Verantwortung übernehmen können, die uns herausfordern.

Ich danke für die FDP, aber auch ganz persönlich meinen Kolleginnen und Kollegen von SPD und Grünen. Ich danke euch und Ihnen für die sehr vertrauensvolle und freundschaftliche Zusammenarbeit in der Vergangenheit und wünsche sie mir auch für die Zukunft!

(Beifall bei FDP, SPD und
Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Henry Ford hat einmal gesagt: „Zusammenkommen ist ein Anfang. Zusammenbleiben ist Fortschritt. Zusammenarbeiten heißt Erfolg.“

(Beifall bei FDP, SPD und
Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Ich glaube, der Landschaftsverband stünde ohne diese Koalition heute nicht so gut da, wie das der Fall ist.

(Beifall bei SPD, Bündnis
90/DIE GRÜNEN und FDP)

Wir wollen erstens die Qualität unserer Arbeit zum Wohle der uns anvertrauten Menschen aufrechterhalten und, falls möglich, die Qualität verbessern. Zweitens wollen wir diese Aufgaben so kostengünstig wie möglich erledigen. Wir wollen sparen und keine weiteren Schulden machen. Und wir wollen drittens der verlässliche Partner der Kommunen und Kreise bleiben.

Und weil das so ist, gehen wir nicht leichtfertig hin und sagen: „Ja, da wird die Verwaltung doch sicherlich noch einmal 10 oder 20 Millionen Euro irgendwo einsparen können“, nur damit wir aus rein populistischen Gründen an diesem Umlagehebesatz von 16,5 Prozent festhalten können.

Nein, so leicht machen wir es uns nicht! Wir verlieben uns nicht in einen Hebesatz und halten stur an ihm fest; egal, welche neuen Erkenntnisse auch kommen. Wir schauen schon genauer hin. Und da sehen wir Konsolidierungspläne, die

zwischen 2011 und 2013 ein Volumen von rund 190 Millionen Euro umfassen. Hier hat die Verwaltung sich selbst sehr engagierte Ziele gesetzt. Wir unterstützen die Verwaltung darin, diese Ziele zu erreichen.

Und weil wir wissen, dass das Ziel ein sehr engagiertes, ein sehr ehrgeiziges ist, und weil wir wissen, dass auch das Konsolidierungspotenzial irgendwann endlich ist, machen wir es uns eben nicht so leicht und fordern blind mehr.

Eine andere Forderung ist die nach dem Verzicht auf die Wertberichtigung der RWE-Aktie. Das haben wir in der Gestaltungsmehrheit sehr genau diskutiert. Wir haben es auch in der eigenen Fraktion zum Teil kontrovers erörtert. Doch wenn ich als Umlageverband die Forderung ernst nehme, die Forderung, die aus den Kreisen und Städten zum Teil zu Recht erhoben wird, die Forderung nämlich, dass ich mich auch von meinen Beteiligungen möglicherweise trennen können muss, um eben Defizite nicht über die Umlage auszugleichen, wenn das so ist, sollte ich auch in der Lage sein, meine Beteiligung jederzeit veräußern zu können, ohne einen Bilanzverlust zu realisieren.

Wenn jetzt auch das gelten soll, so bin ich logischerweise gezwungen, meine Beteiligungen wenigstens von Zeit zu Zeit den tatsächlichen Marktwerten entsprechend zu bewerten.

(Zustimmung bei FDP, SPD
und Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Als Privatunternehmen würde ich mich sonst sogar wegen Bilanzfälschung strafbar machen.

(Zustimmung bei FDP, SPD
und Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Unabhängig von der Frage, ob wir Aktien verkaufen wollen oder nicht, ist es doch nur richtig, sie realistisch zu bewerten. Alles andere wäre Augenwischerei. So könnte ich mich künstlich reich oder künstlich arm rechnen. Nein, wir wollen hier klare Verhältnisse; wir wollen hier Transparenz, und deshalb halten wir es für dringend erforderlich, diese Neubewertung vorzunehmen.

Einzig die Gesetzesinitiative der FDP zum NKF-Fortentwicklungsgesetz im Landtag, die in der Anhörung breiteste Zustimmung fand, lässt uns von diesem notwendigen Schritt im laufenden Jahr abgehen. Denn wenn das Gesetz so aus

den Beratungen herauskommt, wie es sich abzeichnet, wird diese Frage geklärt, und zwar so, wie es sein sollte: dass außerordentliche Wertberichtigungen dann voll zulasten der allgemeinen Rücklage, sprich: des Stammkapitals, gehen und damit eben nicht umlagerrelevant wären.

(Henning Rehse (Freie Wähler/Deine Freunde): Hoffentlich erlebt ihr das noch!)

Wenn dieses nun also so beschlossen wird, dann können wir unsere Wertberichtigung in diesem Jahr aussetzen. Wenn der Landtag – und das sage ich ganz deutlich – jedoch nicht so entscheiden sollte, dann werden wir die Wertberichtigung im nächsten Haushaltsjahr zwangsläufig nachholen.

Und das, gerade weil es richtig ist, weil es Klarheit und Transparenz schafft.

Da wir nun also dem Landtag nicht vorgreifen wollen, werden wir in 2012 auf die Wertberichtigung verzichten und die Umlage um genau diesen Wert senken. Wir entlasten im Vergleich zum Verwaltungsvorschlag die Mitgliedskörperschaften um gut 40 Millionen Euro oder 0,3 Prozent Umlagehebesatz. Wir senken die Umlage auf 16,7 Prozent!

(Henning Rehse (Freie Wähler/
Deine Freunde): Erst mal!)

– Erst mal.

Die FDP stimmt also dem Haushalt zu, weil wir damit auf dem richtigen Weg sind. Wir gestalten auch diesen Haushalt, und wir werden uns nicht auf unseren Lorbeeren ausruhen; denn wer sich auf seinen Lorbeeren ausruht, trägt sie an der falschen Stelle.

(Lebhafter Beifall bei FDP, SPD
und Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Vorsitzender Prof. Dr. Wilhelm: Das Wort hat Frau Detjen.

Ulrike Detjen (Die Linke.): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Gestaltungsmehrheit möchte die Landschaftsumlage bei 16,7 Prozent, wie ich jetzt sage, belassen,

weil wir in Wirklichkeit im letzten Jahr nicht 17 Prozent Landschaftsumlage hatten, sondern durch das Gemeindefinanzierungsgesetz sind wir ungefähr bei 16,7 Prozent gelandet.

Sie verzichten auf die Wertberichtigung der RWE-Aktien in der Bilanz. Das können wir noch mittragen, weil der Landtag NRW gerade über ein Gesetz berät, das die notwendige Wertberichtigung mit regeln soll. In der privaten Wirtschaft – Herr Effertz hat schon darauf hingewiesen – wäre ein solches Verfahren wirklich rechtswidrig. Die Verantwortlichen müssten mit Gefängnisstrafen rechnen.

(Zuruf)

– Nein, Klingelpütz!

Trotz gleicher Landschaftsumlage befinden wir uns aber nach wie vor in einem Konsolidierungsverfahren – und auch in diesem Jahr, das muss ich leider feststellen, wieder nach dem Rasenmäherprinzip. Das heißt Leistungskürzungen, befristete Arbeitsverhältnisse und die leidige Wiederbesetzungssperre für Personal. Ich werde auf die Personalsituation später noch einmal eingehen.

Wir können jetzt alle noch mal beschwören, dass die Steuermittel für die kommunale Familie zu gering sind. Darüber sind wir uns im allgemeinen bestimmt einig, konkret dann schon weniger – vor allem wenn es darum geht, wo das Geld geholt werden muss: aus Sicht der Linken bei denen, die viel haben.

(Zustimmung bei Die Linke.)

Wir müssen jedoch auch bei uns selbst, beim LVR, gucken, ob wir nicht unnötig Gelder versenkt haben. Ich spreche über die WestLB und die RWE-Aktien.

Über die knapp 300 Millionen Euro, die die WestLB uns gekostet hat und kosten wird, ist hier schon mehrfach gesprochen worden. Die oft zitierte RWE-Dividende hat uns in den letzten fünf Jahren mit 27,3 Millionen Euro weniger eingebracht, als wir demnächst abschreiben müssen. Geplant waren 41,8 Millionen Euro in diesem Jahr. Wie viel es am Ende des nächsten Jahres sein werden, wird sich dann zeigen.

Ich habe daraus gelernt, dass Geldanlagen nicht das Geschäft des LVR sind. Wir sind mit unseren

Beteiligungen immer von den Entscheidungen anderer abhängig. Eine strategische Nutzung ist nicht möglich – siehe die Atompolitik der RWE. Öffentliches Eigentum ist aus meiner Sicht noch weniger als privates als Spekulationsobjekt geeignet; denn es ist Bürgereigentum.

(Zustimmung bei Die Linke.)

Wer als Privateigentümer nur sich selbst schädigt, hat privat verloren. Wir sehen jedoch auch in der derzeitigen Krise, dass die Spekulation von wenigen Privateigentümern große Verarmung von vielen bewirkt und Reiche reicher macht. An solchen Spekulationen muss sich der LVR nicht beteiligen – auch nicht mittelbar.

(Zustimmung bei Die Linke.)

Wir sollten – und das meine ich ernst, unabhängig von diesem Haushalt – jetzt darüber nachdenken, welche Finanzbeteiligungen wir als LVR haben und behalten müssen.

Sehr geehrte Herren und Damen, die Durchsetzung und die praktische Umsetzung der UN-Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderungen ist die politische Leitschnur unseres Handelns und die des LVR. Ich hoffe, nicht nur, weil die UN-Konvention Gesetz geworden ist, sondern weil wir alle wissen, dass Menschen mit Behinderungen nicht Menschen mit Defiziten sind. Sie sind Menschen mit eigenen Qualitäten und Begabungen. Sie haben Anspruch auf umfassende Teilhabe und auf Selbstbestimmung.

Deshalb freue ich mich über drei Ergebnisse im Verlauf dieser Haushaltsberatungen: Erstens. Für die Hausmeistergehilfen und Schulassistentinnen und -assistenten scheint eine Lösung gefunden, die normale Arbeitsverhältnisse außerhalb der Werkstatt zunächst für einen kleinen Kreis sichert. Darüber hinaus aber sollen diese Arbeitsverhältnisse für noch mehr Menschen möglich werden. Das ist ein Fortschritt, den der LVR jetzt gemeinsam mit dem LWL und dem Land geht.

(Beifall bei Die Linke.)

Und wir sind uns alle einig, dass die entsetzlichen Jahre des Ausschlusses, der Auslese und Ermordung von Menschen mit Behinderungen nicht ins Vergessen geraten dürfen. Das Denkmal der „Grauen Busse“ vor dem LVR-Gebäude ist dabei gebührende Hilfe. Wir haben uns gleich-

zeitig mit der Entscheidung für den dauerhaften Verbleib verpflichtet, über die Geschichte des Nationalsozialismus, über seine Elitetheorie und den damit verbundenen Ausschluss von Menschen aus der Gesellschaft auch an den Förder-schulen des LVR zu unterrichten. Daran haben alle Fraktionen mitgewirkt – und das finde ich wirklich gut.

(Beifall bei Die Linke.)

Ein dritter Punkt sind die Heimkinder. Ich bin wirklich froh, dass wir uns alle einig sind, dass der Fonds für die ehemaligen Heimkinder nicht durch Bürokratie- und Verwaltungskosten belastet werden darf, sondern dass möglichst viele Mittel aus diesem Fonds bei den Betroffenen landen.

(Beifall bei Die Linke.)

Menschen mit Behinderungen müssen an allen gesellschaftlichen Ereignissen teilhaben können. Das aber ist mit der Kürzung der Ferien- und Freizeitmaßnahmen im letzten Jahr schwieriger geworden. Die Berichte weisen darauf hin, dass die Zahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Ferienmaßnahmen im Jahr 2011 im Vergleich zum Vorjahr weniger als die Hälfte beträgt.

Das Gleiche gilt für die Freizeitmaßnahmen. Wenn die Ausgaben pro Person nur unwesentlich niedriger sind als 2010, die Gesamtsumme, die zur Verfügung steht, aber um mehr als die Hälfte gekürzt wurde, können es nur weniger Anspruchsberechtigte gewesen sein, die solche Maßnahmen nutzen konnten. Das ist auch allen Fraktionen bekannt.

Bewohnerbeiräte aus dem HPH-Netz West haben sich im letzten Mai mit einem Brief an alle Fraktionen und uns gewandt, aus dem ich zitieren möchte:

Bei dem zukünftig geringen Zuschuss für eine Ferienmaßnahme muss der größte Teil der Kosten selbst angespart werden. Dazu fehlen vielen im LVR-HPH-Netz West lebenden Menschen die finanziellen Mittel. Wir hatten auf eine weniger drastische Veränderung gehofft. Ferienmaßnahmen sind nun für einige Menschen mit Behinderungen bei uns sehr schwer erreichbar geworden.

Ich muss sagen, das finde ich schon fast zynisch, wenn wir gleichzeitig beschließen, dass den Anbietern von Ferienmaßnahmen die Inklusion nähergebracht werden sollte.

(Zustimmung bei Die Linke.)

Wir unterstützen das, weil wir alles unterstützen, was Inklusion befördert.

Ich habe in der Debatte im Fachausschuss aber zum Beispiel den Zuruf gehört, Hartz-IV-Betroffene könnten sich das auch nicht leisten. Was soll das heißen? Wollen wir mit unseren politischen Maßnahmen das soziale Niveau auf Hartz IV senken? Das möchte ich eigentlich niemandem hier unterstellen. Armut per Gesetz kann nicht unser Ziel sein. Intensiv zu unterstützende Menschen mit geistiger oder mit Mehrfachbehinderung, die ohne nennenswerte Einnahmen oder ohne Vermögen dastehen, haben zurzeit keine Chance mehr, an einer Ferienmaßnahme teilzunehmen.

(Zustimmung bei Die Linke.)

Das Gleiche gilt für die als Pilotprojekt der Inklusion – ich war damals noch nicht in der Landschaftsversammlung, aber ich habe die Zeitungen gelesen – gefeierte Förderung der Freizeitmaßnahmen; sie ist auf ein Minimum reduziert. Aus den noch im Zwischenbericht der Landesregierung gelobten Maßnahmen zu den Ferien- und Freizeitmaßnahmen ist eine Farce geworden.

Was wollen Sie in diesem Jahr machen? Bekommen jetzt diejenigen Unterstützung, die im letzten Jahr leer ausgingen? Darf jetzt eine andere oder ein anderer mal für ein Jahr in den Sportverein, in den Gesangsverein oder in den Kurzurlaub? Das ist eine entwürdigende Behandlung von Menschen und hat mit Qualität für Menschen, erst recht mit Inklusion, nichts zu tun.

(Zustimmung bei Die Linke. – Hans-Otto Runkler (FDP): Alle Anträge wurden angenommen!)

– Es gibt aber viele, die sie nicht gestellt haben. Ich habe wirklich mit Verschiedensten gesprochen, Herr Runkler.

(Zuruf von Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann (FDP))

Ähnlich wollen Sie jetzt im Bereich der vorschulischen Betreuung verfahren. Sie wollen die Beförderungskosten für Kinder mit Behinderungen streichen, einige noch nicht genau definierte Ausnahmen sind vorgesehen. Der Antrag ist sehr kurzfristig in die Haushaltsberatungen gekommen. Deshalb haben wir keinen Änderungsantrag mehr gestellt. Er ist vom gleichen Kaliber wie die Kürzung der Ferien- und Freizeitmaßnahmen. Das ist eigentlich langweilig: Hauptsache kürzen. Nach Alternativen wird nicht gesucht.

Ich frage mich, wie die Rechnung ausgesehen hätte, wenn wir vergleichbare Fahrtkosten-Regelungen untersucht hätten, wie sie für Kinder im gemeinsamen Unterricht gelten. Der Schulträger ist verpflichtet, die Fahrtkosten für den Schulweg zur nächstgelegenen Schule zu übernehmen, wenn die Kinder mehr als zwei Kilometer von der Schule entfernt wohnen. Der Fahrtkostenzuschuss für Kinder ohne amtlich festgestellte Behinderung ist auf 100 Euro gedeckelt. Es wäre im Interesse auch der Vorschulkinder und ihrer Eltern gewesen, solch ein Modell einmal durchzurechnen.

(Zustimmung bei Die Linke.)

Das würde außerdem den Druck auf gemeinsame Betreuung in normalen Kindergärten erhöhen.

Ich bin für inklusive, wohnortnahe Betreuung: kurze Beine, kurze Wege. Und das gilt erst recht für die ganz kurzen Beine. Das kann Beförderungskosten einsparen. Das fördert aber vor allem den gemeinschaftlichen Umgang mit anderen Kindern.

Im Jugendhilfebereich zeigt sich aus unserer Sicht, wie teuer Konsolidierung nach dem Rasenmäherprinzip werden kann. Wir können in diesem Monat das 10-Jahres-Jubiläum der Budgetierung im Personalbereich betrauern. Und wir sehen, dass zu wenig Personal dazu führt, dass gesetzliche Aufgaben nicht erfüllt werden können, dass Anträge nicht bearbeitet und Abrechnungen nicht zeitnah angefordert und erledigt werden können. Das holt den LVR irgendwann ein; denn die anspruchsberechtigten Träger melden sich ja auch.

Sehr geehrte Herren und Damen von der Gestaltungsmehrheit, Sie wollten die außerplanmäßige

Ausgabe für die vorschulische Betreuung in Höhe von elf Millionen Euro am liebsten ablehnen – ich kann mich gut an die Sitzung des Landschaftsausschusses erinnern –, ohne dass wir uns zu dem Zeitpunkt über die Gründe und die Umstände im Klaren waren.

Jetzt müssen wir nicht nur zusätzlich Geld für 2011 ausgeben, sondern 43 Millionen Euro mehr im Jahr 2012 und 12 Millionen mehr im Jahr 2013. Dieses Geld hätte sowieso gezahlt werden müssen, bei ausreichender Personalausstattung jedoch gleichmäßig verteilt über die vergangenen Jahre und damit im steuerbaren Bereich des Haushalts.

(Zustimmung bei Die Linke.)

Jetzt müssen wir Krisenmanagement betreiben. Das ist nie besonders toll! Eine ausreichende Personalausstattung hätte erheblichen Druck von den Beschäftigten im Jugendhilfebereich genommen.

Beschlossen sind jetzt Maßnahmen zur Änderung der Trägerzuschüsse und zur Förderung der wohnortnahen Betreuung in normalen Kinderbetreuungseinrichtungen. Sie sind notwendig, und wir tragen sie mit, weil wir auf mehr inklusive Kindereinrichtungen hoffen und diese unterstützen.

Mich wundert jedoch, dass diese Maßnahmen erst jetzt auf den Tisch kommen, wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist. Wenn solche Summen im Haushalt unterzubringen sind, frage ich mich erst recht, warum Gelder für die Ferien- und Freizeitmaßnahmen und 200.000 Euro für die Kinderbeförderung nicht gefunden und nicht untergebracht werden können.

(Zustimmung bei Die Linke.)

Die Verwaltung hat viele Kontrollinstrumente entwickelt und im Einsatz, die alle zusammen Geld kosten: Balanced Score Card, Chancen- und Risikomanagement, Krisenmanagement, NKF-Controlling – und wie sie alle heißen. Wenn diese Instrumente jedoch solche Problemsituationen nicht verhindern können, sind sie aus meiner Sicht wirklich wenig effektiv.

(Zustimmung bei Die Linke.)

Wahrscheinlich müssen wir anderes als Kontrollverfahren ändern. Wir und der LVR müssen un-

sere Sichtweise ändern. Darin stimme ich mit Herrn Rolle wirklich überein. Inklusion beginnt im Kopf und beginnt auch in Bürokratien im Kopf.

Nicht vorrangig die Träger und die bürokratischen Abläufe, sondern die Anliegen der Menschen mit Behinderungen müssen im Mittelpunkt stehen. Sie haben berechnete und rechtmäßige Ansprüche, die erfüllt werden müssen. Und wir haben im Augenblick viel Bürokratie und wenig kreative Lösungen.

(Zustimmung bei Die Linke.)

Ich möchte ein Beispiel aus dem Kulturbereich nehmen. Die gemeinsame Eintrittskarte für die LVR- und LWL-Museen finde ich gut. Trotzdem hat mich diese Vorlage wirklich geirritiert: *so viel* Bürokratie für *so* eine kleine Sache – und *so weit* entfernt von jeder Kostendeckung, die wir durch den normalen Eintritt sowieso nicht erreichen können. Daher frage ich mich: Warum sagen wir nicht einfach, wir machen das gemeinsam und bauen keine großen Verrechnungswege auf? Das Geld kommt doch sowieso nicht über den Eintritt herein.

(Zustimmung bei Die Linke. und SPD)

Wir hatten für die Museen einen Vorschlag gemacht, der wenigstens an die Bestimmungen für das landesweit beschlossene Sozialticket in Nordrhein-Westfalen anknüpft. Den Vorschlag haben Sie abgelehnt.

Aber ich bin mir einer Sache sicher: Ich danke der Verwaltung, und ich danke allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des LVR für ihren Einsatz. Wir sind in vielen Bereichen in einer Arbeitsbelastung, die eine gute und auch eine zufriedenstellende Erfüllung der Aufgaben kaum noch ermöglicht. Das muss sich im nächsten Jahr ändern.

Sehr geehrte Herren, sehr geehrte Damen, wir hätten gerne eine getrennte Abstimmung über die Höhe der Landschaftsumlage, auch über die Verschiebung der Wertberichtigung der RWE-Aktien und den Gesamthaushalt gehabt. Es interessiert mich schon, ob die CDU der Verschiebung der Wertberichtigung zugestimmt hätte.

Wir können den beiden ersten Punkten, sowohl der Verschiebung wie auch der Höhe der Landschaftsumlage, zustimmen. Den Gesamthaushalt so, wie er jetzt vorliegt, lehnen wir ab.

(Zustimmung bei Die Linke.)

Er belastet das Personal; er behindert die ausreichende Erfüllung der Aufgaben; und er beschränkt die Inklusion von Menschen mit Behinderungen. – Danke.

(Lebhafter Beifall
bei Die Linke.)

Vorsitzender Prof. Dr. Wilhelm: Herr Rehse bitte.

Henning Rehse (Freie Wähler/Deine Freunde): Sehr geehrter Herr Vorsitzender Wilhelm! Sehr geehrte Frau Landesdirektorin Lubek! Sehr geehrte Frau Erste Landesrätin Hötte! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die diesjährigen Haushaltsplanberatungen waren für unsere an der Historie des LVR und dem Lebensalter vieler Mitglieder der Landschaftsversammlung gemessen noch jungen Fraktion die interessantesten wie auch spannendsten.

(Prof. Dr. Rolle (SPD) lacht)

Fand man sich in den Beratungen für 2010 und 2011 noch stark in den Gewohnheiten kommunaler Haushalte auf Kreis-, Stadt- und Gemeindeebene wieder, erschien einem ein Etat von über drei Milliarden Euro schon gewaltig. Suchte man teilweise noch die Befassung mit der sprichwörtlichen vertrauten Straßenlaterne, stellte sich die Befassung mit dem Haushalt 2012 völlig anders dar.

(Zuruf von Dr. Marie-Agnes
Strack-Zimmermann (FDP))

– Frau Strack-Zimmermann, bei uns geht manchmal ein Licht an. Deshalb haben wir auch Straßenlaternen.

(Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann
(FDP): Das freut mich, dass bei Ihnen
eine Lampe angeht!)

Dabei ist festzuhalten, dass die Mehrheit aus SPD, Grünen und FDP wie auch die CDU offenbar den gleichen Ansatz hatten, beschäftigen sich die meisten ihrer Anträge ebenfalls mit Themen, die die „big points“, sprich großen Aufgabenblöcke, betreffen.

Dabei kann vorgenannten Fraktionen für die meisten ihrer Anträge durchweg Zustimmung signalisiert werden, zeigen sie doch das Bemühen, bei den wirklich entscheidenden Kostenblöcken gegen- und umzusteuern.

Im Einzelnen handelt es sich um die Anträge hinsichtlich des Standards der zu betreuenden Beschäftigten, der Effizienz- und Organisationsüberprüfung im betriebsärztlichen Dienst, der Zentralisierung Einkauf, der Prüfung von veränderten Angebotsstrukturen bei der Tagesbetreuung von Kindern mit Behinderungen, der Analyse der Aufgaben, Standards und Standorte der Industriemuseen, der Stärkung der persönlichen Budgets – alle von der CDU gestellt – sowie der kostendämpfenden Maßnahmen im Bereich der Eingliederungshilfe und der vollen Leistungen der Pflegekassen – letztere von SPD, GRÜNEN und FDP gestellt.

Dummerweise sind die Ansätze zwar durchweg richtig, bringen sie aber für den Haushalt 2012 keine in Zahlen messbaren Verbesserungen.

Hinzu kommen Themen, die wir bei den Beratungen zum Haushalt als für die Zukunft verfolgenswert betrachtet haben und zu denen sich für uns einige Fragen stellen:

Im Bereich Soziales: Befindet sich in unseren Einrichtungen „systemfremde“ Klientel, sprich Menschen, die der Sache nach überhaupt nicht in unsere Einrichtungen gehören bzw. deren für sie zu erbringende Leistungen von anderen Kostenträgern als dem LVR zu erbringen wären?

Beim Benchmarking der Kosten für Plätze, beim Vergleich mit anderen Anbietern bundesweit, beim Vergleich von Standards taucht immer wieder eine Aussage hinsichtlich des Niveaus des LVR auf: „Wir befinden uns im oberen Qualitäts-, Standard- oder Preissegment.“

Hier muss die Frage erlaubt sein, ob diese Platzierung in Zukunft noch leist-, sprich bezahlbar, ist, oder ob auch hier ein Umdenken beginnen muss.

Im Bereich Kliniken: Hier gilt es, in der nächsten Konsolidierungsrunde die Themen Zuschuss zu Ambulanzen für Migrantinnen, Zuschuss zu den Pensionslasten sowie Zuschuss zur Arbeitstherapieentlohnung zu betrachten und die richtigen Konsequenzen zu ziehen.

Im Bereich Kultur muss – ich nenne es mal so – die gesamte Organisation der „Museumslandschaft“, des größten Kostenblocks im Kulturbereich, auf den Prüfstand.

In diesem Zusammenhang erlaube ich mir, aus der Haushaltsrede des Kollegen Zimmermann aus dem letzten Jahr zu zitieren:

Damit kommen wir dann zwangsläufig zum Thema der sogenannten ‚Standards‘. Wo können diese in Zukunft noch liegen, um die betroffenen Menschen qualitativ gut zu versorgen? Was sind wirklich pflichtige Aufgaben? Ist eine Aufgabe wirklich pflichtig oder einfach nur wünschenswert? Muss eine pflichtige Aufgabe wirklich auf dem derzeitigen Niveau erfüllt werden? Ein gelungener Spagat zwischen hoher Qualität und Finanzierbarkeit wird das Kunststück der Zukunft sein.

Bei der Beantwortung dieser Fragen bekommt man bisweilen den Eindruck, dass Teile der Politik noch nicht den Ernst der Lage erkannt haben, uns liebgeordnete, weil selbst beantragte Projekte, auch heute nicht bereit sind, auf den Prüfstand zu stellen.

Diese Ausführungen haben an Aktualität nichts eingebüßt.

(Zustimmung bei den Freien
Wählern/Deinen Freunden)

Einen konkreten Bezug zu aktuellen Themen haben exakt diese Fragen bekommen, als uns die „Leistungen zur vorschulischen Bildung“ geradezu „um die Ohren flogen“. Auf einmal stellen sich zu Recht höchst interessante Fragen, deren dahinter stehende Geldbeträge Millionenbeiträge ausmachen:

Besteht in dem ganzen Bereich eine „Überförderung“ der von den freien Trägern durchgeführten Leistungen?

Gab es bei Einführung von KiBiz überhaupt keine Schlechterstellung der Träger? Wurde hier voreilig und ohne Grund rein vorsorglich ein überflüssiger „Schluck aus der Pulle“ genommen?

Sollte man zukünftig nicht zur Pauschal- statt Spitzabrechnung übergehen?

Muss es keine Fristen bei den Abrechnungen geben, um vor Überraschungen aus grauer Vorzeit gefeit zu sein?

Muss die Förderung nicht generell umgesteuert werden?

Müssen die pädagogischen Konzepte nicht auf den Prüfstand?

(Zustimmung bei den Freien Wählern/Deinen Freunden)

Ist Einzelintegration für die Betroffenen wirklich schlechter als die integrative Gruppe?

Muss die Leitung wirklich über das übliche Maß hinaus zusätzlich freigestellt werden?

Bedarf es eines leistungsfähigen Controllings, um die komplizierten finanziellen Verflechtungen in diesem Bereich sauber, transparent und nachvollziehbar abzubilden?

Fragen über Fragen.

(Corinna Beck, Bündnis 90/DIE GRÜNEN: Und Antworten!)

Zunächst einmal ist aber das Kind aufgrund Sünden der Vergangenheit in einen zunächst maximal 70 Millionen Euro tiefen Brunnen gefallen; 70 Millionen Euro die an ausstehenden Spitzabrechnungen uns noch ereilen können, wobei neueste Berechnungen eher von bis zu 50 Millionen Euro ausgehen – nichtsdestotrotz ein stolzer Betrag.

Die Verwaltung hat insofern zwischenzeitlich die Zahl selber nach unten korrigiert und ein Splitting der Beträge auf die Haushaltsjahre 2012 und 2013 vorgeschlagen. Damit hatte sich unser Antrag hierzu erledigt und wurde zurückgezogen.

Hinsichtlich des Themas der Abwertung der RWE-Aktien liegen drei Anträge vor:

- der der CDU vom 14.12.2011,
- der der Freien Wähler/Deine Freunde vom 16.01.2012 und
- der der Mehrheit von SPD, Grünen und FDP vom 25.01.2012.

Alle Anträge sagen vom Grundsatz her das Gleiche: Von der Abwertung der RWE-Aktien lassen wir im Zuge des Haushaltes 2012 – und um den geht es heute – die Finger. Die Verständigung auf eine gemeinsame Formulierung und deren Beschlussfassung sollten unter vernünftigen Menschen also durchaus möglich sein – nicht so hier beim LVR. Dies war wieder einmal nicht gewollt.

Egal, um was es geht, egal, was von uns und der CDU beantragt wird, es geht der Mehrheit in diesem Hause nicht um die Sache, sondern allein darum, ihre Mehrheit zu demonstrieren.

(Lebhafte Zustimmung bei den Freien Wählern/Deinen Freunden und der CDU)

Mag es der Frust der Mehrheit sein, als Letzte bei diesem Thema den Antrag gestellt zu haben, mag es das schon allseits bekannte „Mir-san-mir-Getue“ der Mehrheit sein: Die semantischen Interpretationen der Anträge von CDU und Freien Wählern/Deinen Freunden und das verzweifelte Suchen nach einer Rechtfertigung Ihrer Ablehnung sind absolut kindisch und an Lächerlichkeit nicht zu überbieten!

(Zustimmung bei den Freien Wählern/Deinen Freunden – Zuruf von Hans-Otto Runkler (FDP))

Das ist das gleiche Strickmuster wie bei der letzten Landschaftsversammlung, als es um das Thema Elternwille bei der Beschulung ging. Der Mehrheit geht es nicht um die Sache, sondern sie weidet sich nun mal gerne an der Demonstration ihrer Mehrheit, auch wenn die Fakten völlig andere sind.

(Zustimmung bei den Freien Wählern/Deinen Freunden)

So schreibt die WZ in einem Artikel vom 08.02., dass auf der Internetseite des Schulministeriums NRW steht, dass „der Unterricht in Förderschulen auf Wunsch der Eltern aber weiterhin möglich bleiben soll“; ein weiterer Beweis dafür, dass hier quantitativ getroffenen Beschlüsse nicht zwangsläufig etwas mit Qualität zu tun haben!

(Zustimmung bei den Freien Wählern/Deinen Freunden und der CDU – Lars Oliver Effertz (FDP): Hat Herr Boss die Rede geschrieben?)

Die Noch-Mehrheit sollte aber nicht vergessen, dass 2014 von uns sicherlich nicht untergehen wird, wie Sie sich hier in Fällen wie diesem aufgeführt und uns behandelt haben. Sie müssen dann nicht glauben, dass aus den Fußabtretern von gestern binnen weniger Stunden die Partner von morgen werden.

(Zurufe von Ralf Klemm, Bündnis 90/ DIE GRÜNEN, und Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann (FDP))

Nichtsdestotrotz sind über die Beschlüsse, die nachher gefasst werden, summa summarum weitere 0,3 Prozent Umlagepunkte erledigt – eine gute Nachricht für die Städte und Kreise –, wobei wir beim spannenden Thema der Umlagehöhe insgesamt angekommen wären.

Nachdem die Verwaltung den Haushalt mit 17,0 Prozent eingebracht, 22 Gebietskörperschaften in ihren Einwendungen zum Haushalt einen Satz von 16,25 Prozent gewünscht hatten, der LWL die „kommunalfreundlichen“ 16,1 Prozent „bietet“, geht es hier und heute betreffs der Umlage um zwei verschiedene Modelle: die 16,7 Prozent der Mehrheit aus SPD, Grünen und FDP, die entgegen des von der Verwaltung eingebrachten Haushalts lediglich mittels der Position Abschreibung der RWE-Aktien Korrekturen vornimmt, und das von den Freien Wählern/Deinen Freunden beantragte Modell des Satzes von 16,5 Prozent.

Lieber Kollege Rolle, lieber Lars, immer wenn das Argument des Populismus reflexartig gebracht wird, fällt mir dazu ein: Dieses Argument dient immer dann dazu, den Gegner in eine bestimmte Ecke zu rücken, wenn man es selber versäumt hat, den richtigen Antrag zu stellen, und darüber frustriert ist.

(Zustimmung bei den Freien Wählern/Deinen Freunden – Zuruf von Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann (FDP) – Hans-Otto Runkler (FDP): Verliebt in die eigene Argumentation! – Zuruf von Prof. Dr. Jürgen Rolle (SPD))

– Herr Rolle, wir haben nicht schnell populistisch etwas beantragt, sondern wir haben einfach nur schneller richtig gerechnet und die entsprechenden Konsequenzen gezogen.

(Beifall bei den Freien Wählern/Deinen Freunden)

Meine Fraktion hat in ihren Berechnungen und Ausführungen heute glaubhaft machen können, dass der Satz von 16,5 Prozent problemlos umsetzbar ist. Der Haushalt des LVR gerät dadurch nicht in Schieflage, aber der LVR zeigt dadurch auch seine Verantwortung für die kommunale Familie und die finanzielle Situation in den Mitgliedskörperschaften.

Schaut man sich den absoluten Anstieg der Einnahmen des LVR bei allen heute in Rede stehenden Umlagesätzen an, muss man zu dem Ergebnis kommen, dass der Spielraum für eine Landschaftsverbandsumlage in Höhe von 16,5 Prozent gegeben und seriös darstellbar ist.

(Zustimmung bei den Freien Wählern/
Deinen Freunden und der CDU)

Setzt man einen Umlagesatz von 17,0 Prozent im Jahre 2011 in absoluten Zahlen ins Verhältnis mit den 16,5 Prozent, von uns beantragt für 2012, bedeuten sie immer noch eine Mehreinnahme für den LVR in Höhe von 200 Millionen Euro.

(Zustimmung bei den Freien Wählern/
Deinen Freunden und der CDU)

Die Mehrheit von SPD, Grünen und FDP ist anderer Meinung und hat unseren Antrag auf 16,5 Prozent abgelehnt. Damit ist dieser Haushalt *Ihr* Haushalt, Sie müssen ihn gegenüber den Gebietskörperschaften vertreten – wir nicht!

Insofern werden wir dem Haushalt 2012 unsere Zustimmung nicht geben! – Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall bei den Freien Wählern/Deinen Freunden und der CDU)

Vorsitzender Prof. Dr. Wilhelm: Gibt es weitere Wortmeldungen? – Das sehe ich nicht.

Dann kommen wir verabredungsgemäß zum **Tagesordnungspunkt 6.1:**

Haushalt 2012

Punkt 6.1.1:

Haushaltsberatungen 2012: Interkulturelle Orientierung an den LVR-Kliniken

- Anfrage Nr. 13/28 Die Linke. -

6.1.2:

Haushaltsberatungen 2012
Entwicklung des Therapeutenschlüssels
- Anfrage Nr. 13/29 Die Linke. -

6.1.3:

Haushaltsberatungen 2012
Entwicklung des Therapeutenschlüssels
Beantwortung der Anfrage Nr. 13/29
der Fraktion Die Linke.
- Vorlage Nr. 13/1905 -

Meine Damen und Herren, der Landschaftsausschuss hat in seiner Sitzung am 03.02.2012 die Anfragen Nrn. 12/28 und 13/29 der Fraktion Die Linke. sowie die Vorlage Nr. 13/1905 einvernehmlich an die zuständigen Fachausschüsse verwiesen.

Gibt es dazu noch Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Wir haben hierzu **nichts weiter zu beschließen.**

6.2:

Anträge zum Haushalt

6.2.1

Haushaltsberatungen 2012
**Betreuungsqualität in den offenen Ganztags-
tagsschulen des LVR nachhaltig sichern**
- Antrag Nr. 13/134/1 CDU -

6.2.2

Haushaltsberatungen 2012
Standard der Personalentwicklung
im Bereich der zu betreuenden
Beschäftigten des LVR prüfen
- Antrag Nr. 13/135/1 CDU -

6.2.3:

Haushaltsberatungen 2012
Effizienz- und Organisationsprüfung
im betriebsärztlichen Dienst
- Antrag Nr. 13/136/1 CDU -

6.2.4:

Haushaltsberatungen 2012
Prüfung einer vollständigen
Zentralisierung des Einkaufs
- Antrag Nr. 13/137/1 CDU -

6.2.5

Haushaltsberatungen 2012
Prüfung von veränderten Angebots-
strukturen bei der Tagesbetreuung
von Kindern mit Behinderungen
- Antrag Nr. 13/139/1 CDU -

6.2.6:

Haushaltsberatungen 2012
Analyse der Aufgaben, Standards
und Standorte der Industriemuseen
des LVR
- Antrag Nr. 13/141/1 CDU -

6.2.7:

Haushaltsberatungen 2012
Dem Pflegenotstand im LVR-
Klinikverbund vorbeugen!
Personalentwicklung
für den Pflegedienst
- Antrag Nr. 13/143/1 CDU -

6.2.8:

Haushalt 2012
Personalfindung Krankenpflege
- Antrag Nr. 13/144/1 SPD, Grüne, FDP -

6.2.9:

Haushaltsberatungen 2012
Entbürokratisierung in
der Eingliederungshilfe
- Antrag Nr. 13/146 CDU -

6.2.10:

Haushaltsberatungen 2012
Gescheiterte Modellprojekte
einstellen
- Antrag Nr. 13/147 CDU -

6.2.11:

Haushaltsberatungen 2012
Persönliches Budget stärken
- Antrag Nr. 13/148 CDU -

6.2.12:

Haushaltsberatungen 2012
Bestandsaufnahme und Weiter-
führung der Kulturpolitik des LVR
- Antrag Nr. 13/150/1 CDU -

6.2.13: **Haushaltsberatungen 2012**
Stärkere Einbeziehung der Thematik
im Kultur- und Sportbereich
- Antrag Nr. 13/151/1 CDU -

6.2.14: **Haushalt 2012**
Qualität der Versorgung
in der Psychiatrie verbessern
- Antrag Nr. 13/159 SPD, Grüne, FDP -

6.2.15: **Haushalt 2012**
Kostendämpfende Maßnahmen
im Bereich Eingliederungshilfe
- Antrag Nr. 13/165 SPD, Grüne, FDP -

6.2.16: **Haushalt 2012**
Fortbildungen für Anbieter
von Ferienmaßnahmen
- Antrag Nr. 13/166 SPD, Grüne, FDP -

6.2.17: **Haushalt 2012**
Inklusive Fortbildungen
des Berufskollegs
- Antrag Nr. 13/167 SPD, Grüne, FDP -

6.2.18: **Haushaltsberatungen 2012**
Ausweitung freier Eintritt
in den LVR-Museen
- Antrag Nr. 13/169 Die Linke. -

6.2.19: **Haushaltsberatungen 2012**
Personal Landesjugendamt
- Antrag Nr. 13/170 Die Linke. -

6.2.20: **Haushaltsberatungen 2012**
Beschäftigung von
Hausmeistergehilfen
- Antrag Nr. 13/171 Die Linke. -

6.2.21: **Haushaltsplanberatungen 2012**
Ferien- und Freizeitmaßnahmen
wieder stärker unterstützen
- Antrag Nr. 13/172 Die Linke. -

6.2.22: **Haushalt 2012**
Verteilung der Mittel für Spitzabrechnung
„Leistungen zur vorschulische Bildung
von Kindern mit Behinderungen“ der
vergangenen Jahre auf zwei Haushaltsjahre
- Antrag Nr. 13/176
Freie Wähler/Deine Freunde -

6.2.23 **Haushalt 2012**
Zwang in den LVR-Kliniken –
Dauer und Häufigkeit von
Fixierungen signifikant senken
- Antrag Nr. 13/161 SPD, Grüne, FDP -

6.2.24 **Haushaltsberatungen 2012**
Ergänzung zum Antrag 13/161
Zwang in den LVR-Kliniken –
Dauer und Häufigkeit von
Fixierungen signifikant senken
- Antrag Nr. 13/175 Die Linke. -

6.2.25: **Haushaltsberatungen 2012**
Geschichte der NS-Verbrechen
in den ehemaligen Heilanstalten
Schülerinnen und Schülern
zugänglich machen
- Antrag Nr. 13/142/1 CDU -

6.2.26: **Haushalt 2012**
Denkmal der grauen Busse
dauerhaft vor dem
Landeshaus belassen
- Antrag Nr. 13/164 SPD, Grüne, FDP -

6.2.27: **Haushaltsberatungen 2012**
Ständiges Denkmal der Grauen
Busse vor dem Landeshaus
- Antrag Nr. 13/168 Die Linke. -

6.2.28: **Haushaltsberatungen 2012**
Abschreibung auf RWE-Aktien
- Antrag Nr. 13/153/1 CDU -

6.2.29:

**Haushaltsplanberatungen 2012
Abschreibung auf RWE-Aktien**
- Antrag Nr. 13/177
Freie Wähler/Deine Freunde -

6.2.30:

Haushalt 2012
- Antrag Nr. 13/180 SPD, Grüne, FDP -

6.2.31:

**Haushaltsplanberatungen 2012
Höhe der Landschaftsumlage**
- Antrag Nr. 13/178
Freie Wähler/Deine Freunde -

Wie Ihnen vorhin erläutert und mit Ihrer Zustimmung dann verabredet, darf ich Ihnen jetzt folgenden Beschlussvorschlag vorlegen.

Ich möchte aber zunächst darauf hinweisen, dass die Mitglieder der Freie Wähler/Deine Freunde im Landschaftsausschuss nur mit beratender Stimme vertreten sind. Die Fraktion hat mir gegenüber deshalb erklärt, dass in der heutigen Landschaftsversammlung dasselbe Abstimmungsverhalten ihrer Fraktion wie im Finanz- und Wirtschaftsausschuss gilt.

(Hans-Otto Runkler (FDP): Auch Herr Zimmermann, typisch Kulturausschuss!)

– Ich kann jetzt hierauf nur fragen, Herr Rehse – –

(Ralf Klemm (Bündnis 90/DIE GRÜNEN): Deshalb ist er auch nicht da! Ohne Freunde nicht mehr befreundet! – Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann (FDP): Wieder einen Freund weniger! – Heiterkeit bei SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP)

Die Abstimmungssituation ist klar. Wir stimmen auf der Basis des Beschlusses des Landschaftsausschusses vom 3. Februar 2012 ab. Mit dieser von mir ergänzten Erklärung würden alle Fraktionen entsprechend ihres Stimmverhaltens im LA auch zu Protokoll aufgenommen werden.

Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann haben wir entsprechend diesem Abstimmungsergebnis, so auch protokolларisch festgehalten, hier **beschlossen**.

Tagesordnungspunkt 6.3:

**Einwendungen gegen die
Haushaltssatzung des Land-
schaftsverbandes Rheinland**

6.3.1:

**Einwendungen gegen die
Haushaltssatzung des LVR
für das Haushaltsjahr 2012**
- Antrag Nr. 13/182 CDU -

6.3.2

**Einwendungen gegen die
Haushaltssatzung des
Landschaftsverbandes Rheinland
für das Haushaltsjahr 2012**
- Vorlage Nr. 13/1873/1 -

Der Landschaftsausschuss hat in seiner Sitzung am 3. Februar 2012 diese Vorlage beraten und mehrheitlich empfohlen, gemäß dieser Vorlage zu beschließen.

Gibt es hierzu Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall.

Ich stelle nun wie im Landschaftsausschuss, der immer wieder die Basis unserer Abstimmungen ist, zunächst die Vorlage Nr. 13/1873/1 zur Abstimmung.

Wer dieser Vorlage seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Damit ist gegen die Stimmen der CDU-Fraktion die **Zustimmung** erteilt worden.

Die Abstimmung über den Antrag Nr. 13/182 ist damit entbehrlich geworden.

6.4:

**Haushaltssatzung des LVR mit
Haushaltsplan, Stellenplan und
sonstigen Anlagen für das
Haushaltsjahr 2012**

6.4.1:

**NEU: Haushaltssatzung des LVR
mit Haushaltsplan, Stellenplan und
sonstigen Anlagen für das
Haushaltsjahr 2012**
- Antrag Nr. 13/184 -

6.4.2

**Haushaltssatzung des LVR mit
Haushaltsplan, Stellenplan und
sonstigen Anlagen für das
Haushaltsjahr 2012**
- Vorlage Nr. 13/1887-

Wie mehrfach verabredet, lasse ich auf der Basis der Sitzung des Landschaftsausschuss-Beschlusses in der Sitzung des Landschaftsausschusses am 03.02.2012 abstimmen.

Wegen der Bedeutung der Landschaftsumlage, die von allen Fraktionssprechern noch einmal hervorgehoben worden ist – und auch einer gewissen inkonsequenten Handhabung in den letzten Jahren entsprechend –, lasse ich über § 6 dieser Haushaltssatzung, der die Landschaftsumlage nach Beschluss des Landschaftsausschusses mehrheitlich festgelegt hat, gesondert abstimmen, damit die Diskussion darüber, die in der Öffentlichkeit ja die größte Bedeutung hat, noch einmal deutlich wird.

Ist das Ihrem Wunsch entsprechend, Herr Einmahl?

(Rolf Einmahl (CDU): Der
CDU-Antrag lautet auf 16,5!)

– Das ist klar. Es ist immer die Frage: weitergehend oder nicht weitergehend? Das klären wir in der Landschaftsversammlung, sagte ich schon mehrfach, dadurch, dass der Landschaftsausschuss hier entsprechend seiner Organfunktion eine empfehlende Wirkung hat

(Ralf Klemm, Bündnis
90/DIE GRÜNEN: Ja!)

und dass dieser Beschluss – egal, wie er mehrheitlich zustande gekommen ist; das ist ja politisch deutlich geworden – die Basis für die Abstimmung in der Landschaftsversammlung ist.

Es ist ja letztlich auch gleich, ob ich 16,5 Prozent als mehr oder weniger ansehe. Das geht hier nicht. Der LA-Beschluss ist die Basis, und ich glaube, es ist allen durch Ihre Beiträge deutlich geworden, wer etwas möchte.

Ich ziehe also diesen § 6 sozusagen vor die Klammer der Gesamtabstimmung und sehe dazu freundliche Zustimmung. Wir kommen also dazu.

Wer entsprechend der Beschlusslage, wie sie Ihnen hier vorgelegt worden ist, und der veränderten Zahlen, die von der Verwaltung eingearbeitet worden sind, den § 6 – Landschaftsumlage – auf 16,7 Prozent festzulegen, zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Keine. Damit ist die Landschaftsumlage auf **16,7 Prozent** mit den Stimmen von SPD, Grünen, FDP und der Linke. bei Gegenstimmen der Freien Wähler und der CDU-Fraktion **festgelegt**.

Wir kommen jetzt zur Gesamtabstimmung über die Haushaltssatzung des Landschaftsverbandes, das heißt, über die übrigen Paragraphen der Haushaltssatzung.

Wer dieser Haushaltssatzung für das Jahr 2012 die Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Mit Mehrheit so **beschlossen**.

Ich rufe die Wirtschaftsplanentwürfe insgesamt auf. Oder möchte jemand einzelne Abstimmung? – Das ist nicht der Fall.

6.5:

Wirtschaftsplanentwürfe 2012

6.5.1:

**Wirtschaftsplanentwurf 2012
LVR-InfoKom einschließlich
des Veränderungsnachweises**
- Vorlage Nr. 13/1763/1 -

6.5.2:

**Wirtschaftsplanentwurf 2012 sowie
der Veränderungsnachweis zum
Wirtschaftsplan 2012 der
LVR-Jugendhilfe Rheinland**
- Vorlage Nr. 13/1757/1 -

6.5.3:

**Wirtschaftsplanentwürfe 2012 sowie
Veränderungsnachweise zu den
Wirtschaftsplänen 2012 des
LVR-Klinikverbundes**
- Vorlage Nr. 13/1788 -

6.5.4:

**Wirtschaftsplanentwürfe 2012 sowie Verände-
rungsnachweise zu den Wirtschaftsplänen
2012 der LVR-HPH-Netze Niederrhein, Ost
und West**
- Vorlage Nr. 13/1814 -

Gibt es zu diesen Beschlussvorlagen Gegenstimmen? – Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Wir haben **einstimmig** so **beschlossen**.

Fragen und Anfragen

zum **Tagesordnungspunkt 7** liegen mir nicht vor.

Ich darf deshalb feststellen, dass wir am Ende der Beratungen angekommen sind, danke Ihnen und schließe die Landschaftsversammlung.

(Schluss der Sitzung: 12.00 Uhr)